

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporture sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringer-ohn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 59 Pfg. Vorausbezahlung.

Anserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5gep. Bettzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergeuche (Anserate) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 24.

Sonntag, den 14. Juni.

1903.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Noch ein Wort zur Wahl.

Wenn die nächste Nummer unsres Blattes erscheint, ist die Hauptschlacht geschlagen; denn der neue Reichstag erhält seine Signatur in der Hauptwahl am 16. Juni. Stichwahlen ändern daran nicht viel. Wollen also die Wähler einen besseren Reichstag haben, als den verflochtenen, dann müssen sie am 16. Juni ihre Stimme in diesem Sinne abgeben und dürfen sich nicht saumselig auf die Stichwahlen vertrusten oder gar — wie es viele tun — der Ansicht hingeben, auf den einen oder den andern käme es nicht an. Diese Saumseligkeit könnte zum schweren Verhängnis nicht bloß der Wahlfaulen, sondern aller werktätigen Klassen werden. Darum, Mann an die Wahlurne!

Es steht vieles auf dem Spiele.

Die Tabakarbeiter müssen samt und sonders, ohne Ausnahme, nur für Kandidaten stimmen, die gegen jede Erhöhung der Tabakbesteuerung sind. Die Tabakarbeiter sind das ihrer eigenen Existenz, ihrer Familie, ihren Kollegen, wie der gesamten Arbeiterschaft schuldig, die durch die höhere Besteuerung des Tabaks alle in Mitleidenschaft gezogen würden. Die Tabakarbeiter müssen durch die Wahl aber auch beweisen, daß sie grundsätzliche Gegner der indirekten, die Arbeiter fast allein belastenden Steuern sind und daß sie das bestehende Wirtschafts- und Finanzsystem beseitigt wissen wollen.

Lange Zeit hindurch wurden die Tabakarbeiter „die Pioniere der Arbeiterbewegung“ genannt. Über die kapitalistische Entwicklung und die so verderblich wirkende Tabaksteuererhöhung hat seit dem Jahre 1879 ihre Existenz tief herabgedrückt und dumpfes, stumpfes Glend über sie gebracht. Der Drang nach größerem Profit und die profitmachende Tabakzollerhöhung aus jener Zeit veranlaßte die Unternehmer, ihre Fabriken entweder in die zurückgebliebensten Gegenden, wo die aller-niedrigsten Löhne gezahlt wurden, zu verlegen, oder die Lohnrückerei durch die Verausgabung von Hausarbeit zu betreiben. Beides ist mit unbarmherziger Rücksichtslosigkeit durchgeführt und dadurch die Existenz der Tabakarbeiter auf ein unglaublich tiefes Niveau herabgedrückt worden. Das hat auch die politische Lebendigkeit vieler Tabakarbeiter gedämpft, ihren Kampfesmut und ihre Kraft geschwächt.

Trotzdem lebt in ihrer Organisation noch der alte Geist; können sie auch heute für ihre Ueberzeugung im allgemeinen nicht mehr die Opfer bringen, wie sonst, da sie bessere Tage sahen. Die Frauenarbeit greift in unsrer Industrie um sich und vermindert außerdem die Zahl der männlichen Kämpfer, während die Heranbildung der Frauen zur Organisation und für den proletarischen Kampf sehr langsam vor sich geht. Aber das darf die Einsichtigen nicht entmutigen. Gerade jetzt, zur Reichstagswahl, können sie dazu beitragen, daß die Organisation einen mächtigen Schritt vorwärts macht, denn jetzt müssen alle Kräfte mobil gemacht werden für die Wahl von Abgeordneten, die den Arbeitern freies Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsrecht garantieren. An dieser Agitation müssen auch die Frauen teilnehmen, denn die Organisation ist auch ihr einziger Hort, dem kein geschlechtes Hindernis entgegengestellt werden darf.

Schon die beiden Forderungen allein: Freies Vereins- und Versammlungsrecht, keine indirekten Steuern, speziell keine Tabaksteuer — müssen den letzten wahlberechtigten Tabakarbeiter an die Wahlurne treiben und ihn veranlassen, seine Stimme nur demjenigen Kandidaten zu geben, dessen Wirken ihm Bürgschaft ist, daß er als Abgeordneter für diese Forderungen eintritt. Bisher haben nur die sozialdemokratischen Kandidaten diese Forderungen hochgehalten und vertreten.

Aber außer diesen beiden Forderungen gibt es eine ganze Reihe wichtiger Angelegenheiten, die den Wähler zwingen, Stellung dazu zu nehmen. Neben der endlosen Steuererschraube sind es die unaufhörlichen großen Anforderungen der Regierung für das Heer und die Marine, die verunstetend auf die Volkskraft wirken. Nicht nur, daß durch die stets gesteigerte Friedenspräsenzstärke dem wirtschaftlichen Leben die gesündesten Kräfte ent-

jogen werden und der militaristische Geist seinen ver-bildenden Einfluß geltend macht, durch die immer steigenden Ausgaben für den Militarismus wird auch die Steuerkraft des Volkes erschöpft. Das schlimmste aber ist, daß die für diese Ausgaben erforderlichen Steuern immer wieder auf die Schultern der arbeitenden Massen gewälzt werden, wie es künftig abermals durch eine Erhöhung der Tabaksteuer geschehen soll. Dem muß ein Halt! entgegengerufen werden.

Ferner müssen der Zollwucher und alle sonstigen reaktionären Bestrebungen der herrschenden Klassen energisch zurückgewiesen werden, und dazu müssen die Tabakarbeiter beitragen, was sie nur vermögen.

Tabakarbeiter! Am 16. Juni auf die Schanzen!

Die Sorge um eure Existenz, aber auch eure politische Ehre erfordert es, daß keiner der Wahlurne fern bleibt und daß ihr eure Stimme für die freiheitliche Gestaltung unsrer deutschen Zustände in die Waagschale werft!

Kolleginnen! Kollegen! Sorgt dafür, daß die Arbeiterfrage am 16. Juni einen großen Triumph feiert! Auf zur Wahl für die Interessen und die Ideale des Proletariats!

Es wird immer toller.

Eine Verschwörung gegen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht wird von reaktionärer Seite betrieben. In Sachsen, wo man den Arbeitern das Landtagswahlrecht geraubt hat, wurde der saubere Plan an die Öffentlichkeit gebracht. Das Kadebeuler Tageblatt meldete jüngst, daß an vermögende Herren aus verschiedenen Kreisen ein Aufruf zur Zahlung von Beiträgen versandt worden ist, deren Erträgnisse zur Herausgabe einer Korrespondenz zwecks Abänderung des jetzigen Reichstagswahlrechts verwendet werden sollen. Die reaktionäre Presse hat diese Enthüllung mit gut gespielter Bewunderung bestritten; mußte es ihr doch daran liegen, gerade jetzt, kurz vor den Wahlen, die Wähler nicht stutzig zu machen. Aber die Ableugnungen helfen diesmal nichts; das genannte Blatt bringt jetzt weitere Mitteilungen über den sauberen Plan, aus denen sich ergibt, daß die Wählerarbeit gegen das geltende Wahlrecht schon ziemlich weit gediehen ist, daß ferner schon ein bestimmtes Rezept für das kommende Wahlrecht ausgearbeitet vorliegt. Ueber das Zirkular wird berichtet:

„Das Druckstück trägt die Ueberschrift: Der Ausbau des Reichswahlrechts, leitende Gedanken für die Weiter- und Durchführung der Propaganda. Die auf vier gedruckten Folienseiten angeführten Begründungen und Ziele enthalten unter anderem folgendes: „Was drängt uns zur Reform? Was begründet und rechtfertigt sie? Durch die Sozialreform ist den breiten Bevölkerungsschichten eine Staatshilfe zugebilligt, und durch die Zwangsversicherungen unter staatlicher Bevormundung ist ihnen ein Edelteil des freien Selbstbestimmungsrechts aberkannt.“ „Unsere Staatsräson hat also die niederen Volksklassen politisch für mündig, wirtschaftlich dagegen für un-mündig erklärt, woraus allein schon die ganze Unhaltbarkeit unserer innerpolitischen Zustände grell hervorleuchtet.“ „Die Unaufrichtigkeit, die politische Heuchelei ist erst durch das gleiche Wahlrecht in unser öffentliches Leben gekommen.“ „Es gibt nur eine einzige Parole, unter der sich alle bürgerlichen Parteien einigen können, einigen müssen und einigen werden, — die Ausmerzung der Gleichheit aus dem allgemeinen Wahlrecht.“

Es genügt also den herrsch- und habgüchtigen Re-aktionären nicht, den Arbeitern das Brot zu verteuern, sondern sie sollen politisch entrechtet werden, damit sie leichter und dauernd unter die Fuchtel des ausbeuterischen Unternehmertums gebeugt werden können. Das ist der Gipfel reaktionärer Frechheit. Aber es ist gut, daß sich die Reaktion noch vor den Wahlen in ihrer ganzen Heuchlichkeit den Wählern zeigt. Wer nun noch an die heuchlerische Versicherung konservativ-nationalliberal-anti-semitischer Kartellkandidaten glaubt, daß sie das Wahl-

recht nicht antasten wollen, dem ist nicht zu helfen, der wird mit politischer Blindheit geschlagen bleiben.

Wie das jetzige Reichstagswahlrecht verschlechtert werden soll, auch darüber gibt der Hintermann des Kadebeuler Tageblattes Auskunft. Zunächst wird angeregt, die Verschlechterung gegen Diäten für Reichstagsabgeordnete einzuhandeln; in diesem Sinne läge die Sache auch für die Regierung günstig. Dann wird das Pluralstimrecht in folgender Weise empfohlen: „a) eine Wahlstimme hat jeder Staatsbürger nach den jetzigen Bestimmungen des Reichswahlgesetzes; b) eine zweite wird jedem wirtschaftlich Selbständigen zugebilligt, um dadurch z. B. den Meister über den Gesellen, den Bauern über den Knecht u. s. w. zu stellen. Diese Kategorie müßte durch das Gesetz möglichst weit, auch auf Werkführer, Poliere, kurz auf alles, was sich aus der Menge emporarbeitet, ausgedehnt werden; c) eine dritte Stimme für die höhere Schulbildung, deren untere Grenze in unserem Staat der allgemeinen Wehrpflicht mit der Berechtigung für den einjährigfreiwilligen Dienst gezogen werden könnte. Endlich d) der Lebensreise entsprechend, noch eine Wahlstimme jedem Wähler unterschiedslos vom 35. Lebensjahre ab aufwärts.“

Dazu bemerkt das Blatt noch: „Die Schriftstücke kommen von Freuzen, und nicht, wie einige Blätter annehmen, aus dem Königreich Sachsen, von wo aus auch wir Kunde erhielten. Uebrigens sind die Sammellisten bereits über ganz Deutschland verbreitet.“

Leider teilt das Blatt die Namen der Unterzeichner nicht mit. Man könnte dann noch bestimmtere Schlüsse auf die Wähler gegen das gleiche Wahlrecht ziehen. Aber auch so erfährt man aus diesen Enthüllungen schon genug, um die dem Reichstagswahlrecht drohende Gefahr richtig einschätzen zu können.

Das ist gewiß ein saubere Plan, aber wir sind fest überzeugt, wenn die Reaktionäre im Reichstage die Macht hätten und dazu kämen, das Wahlrecht zu verschlechtern, sie sich sogar an diesem Plan nicht genügen ließen, sondern einen Wahlrechtsraub durchzuführen suchen würden, wie ihn die Konservativen und Nationalliberalen im sächsischen Landtage ausgeführt haben.

Zwar ist es den Feinden des Reichstagswahlrechts unlieb, daß so kurz vor den Wahlen der reaktionäre Vorstoß in der Öffentlichkeit gemacht wurde, aber, nachdem es einmal geschehen ist, läßt eine ganze Reihe reaktionärer Zeitungen ihrem giftgeschwollenen Haß gegen das Reichstagswahlrecht freien Lauf. Mit immer größerem Zynismus verhöhnen die Konservativen das Reichstagswahlrecht.

Die Kreuz-Zeitung erklärt, daß sie nur „unter den obwaltenden Umständen“ nicht gegen das Reichstagswahlrecht Sturm laufen wolle. Auch die Liebe der übrigen Parteien zum Reichstags-Stimmrecht sei nicht durchaus echt. Das pfeifen die Spakzen von den Dächern.

Und der Reichsbote schreibt:

„Obgleich man längst auch in liberalen Blättern über den Unsinngespottet hat, wonach der Stallknecht oder der Steinklopfer genau so viel Wahlrecht hat wie der Minister oder der Mann, der Tausenden von Menschen Arbeit und Verdienst gibt und an den Staat Behntaufende an Steuern zahlt, so gebärden sich diese Blätter doch jetzt, als habe das sächsische Wochenblatt einen Hochverrat begangen, indem es diesen Reformvorschlag machte. Wir sind der Meinung, daß man mit viel einfacheren Mitteln dem jetzigen Wahlgesez die revolutionären Drachenzähne ausziehen kann: man führe nur die Wahlpflicht ein und verlege die aktive Wahlberechtigung vom 25. auf das 30. Lebensjahr, dann ist es nicht nötig, das dort vorgeschlagene obidöse Pluralstimmrecht, das vier Stimmen in eine Hand legt, einzuführen, für das man nie eine Mehrheit finden wird, so sehr auch die Verderblichkeit des bestehenden Wahlstimmrechts gerade jetzt allen vor Augen geführt wird.“

So spricht die konservative Presse von dem heiligsten Grundrecht des deutschen Volkes! Und selbstverständlich offenbart sie damit noch lange nicht ihre innersten Gedanken über Wahlrecht und Parlamentarismus. Ihr

Ideal ist der Absolutismus, ihr imponiert nur das russische Armentement.

Wahrlich, dieser reaktionären Freiheit gegenüber ist es die höchste Zeit, daß die Wähler der wecktätigen Klassen, die die große Mehrheit im Staate bilden, bei den Wahlen gründlich kehraus halten und die Kandidaten der reaktionären Parteien zum Teufel jagen.

Das Wahlrecht ist in Gefahr und nur die Wähler selbst können es schützen, wenn sie nur für Verteidiger des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts am 16. Juni stimmen. Die Situation ist ernst — mögen die Wähler mit ernstem Willen der Gefahr die Spitze abbrechen.

Gegen die Brotverteurer und die Feinde des Wahlrechts — das sei die Parole der arbeitenden Klassen!

Zur Lage des deutschen Tabakgewerbes.

Der Jahresbericht der Handelskammer zu Frankfurt a. M. enthält darüber u. a. folgende Betrachtung:

In dem letzten Jahresberichte wurde nach den gemachten geschäftlichen Erfahrungen in der Zigarrenindustrie — es waren damals die Monate Oktober 1901 bis Mitte Januar 1902 maßgebend — die Hoffnung ausgesprochen, daß das Jahr 1902 ein minder ungünstiges werden dürfte, als es die Jahre 1900 und 1901 gewesen seien.

Leider haben sich diese Hoffnungen nicht erfüllt, das Jahr 1902 hat in seinem Verlaufe noch mehr unter der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse gelitten, als dies bei den beiden Vorjahren der Fall gewesen ist. Die Monate Januar, Februar und März 1902 zeigten eine entschiedene Besserung — selbst gegenüber den guten Vorjahren. Es mag dies zum Teil der ausnahmsweise milden Witterung zuzuschreiben sein, die aus verschiedenen Gründen — gerade während der Winterperiode — dem Zigarrenkonsum günstig war. Aber mit April setzte der Rückgang ein, und man möchte fast sagen, daß er mit jedem nun folgenden Monate des Jahres progressiv wuchs. Namentlich das laufende Detailgeschäft zeigte in den Monaten April bis Dezember wesentliche Mindereinnahmen, selbst noch im Vergleich zu dem ungünstigen Vorjahr — große Abfälle aber im Vergleich zu den günstigen Jahren, wie z. B. 1899. Die erhoffte und ersehnte Besserung der nun schon mehrere Jahre anhaltenden ungünstigen Geschäftslage ist demnach nicht eingetreten — im Gegenteil, es kann von einem weiteren Rückgange des geschäftlichen Lebens gesprochen werden. Die Kaufkraft hat sich noch weiter abgeschwächt, und nach den gemachten Erfahrungen, nicht die der Arbeiterbevölkerung allein. Auch in den Verkaufsstellen, in denen bessere und beste Konsumenten verkehren, ist der Rückgang in gleicher Weise bemerkbar.

Das auswärtige Geschäft — (Eingros-) als auch Versandgeschäft — war besser. Durch die wesentliche Zunahme dieses Geschäftszweigs wurde teilweise ein höherer Gesamtumsatz — im Vergleich mit den Vorjahren — erzielt.

Auch das Jahr 1903 läßt sich sehr wenig „hoffnungsfreudig“ an, so daß aller Voraussicht nach die bestehende Depression weiter anhalten dürfte.

Was die Gesamtbranche weiter angeht, so ist es wenigstens erfreulich, berichten zu können, daß die Kollisionslage keine Ueberraschungen gebracht hat — es sind keine Änderungen an Zoll und Steuer in den bestehenden Verhältnissen eingetreten. Der Gesamtbranche wäre zu wünschen, daß an diesen Verhältnissen nicht gerüttelt werden möge, selbst dann nicht, wenn wie zur Zeit der Etat nur unter schwierigen Verhältnissen zu bilanzieren ist.

Die Fabrikanten und dementsprechend auch die Händler haben seit geraumer Zeit sehr unter der „Moderation“ der Käufer zu leiden. Die Nachfrage nach hellen und dabei fahlen und auch grauen Decktabaken ist eine derartige, daß ihr nicht in vollem Maße entsprochen werden kann.

Entsprechend dieser außergewöhnlichen Nachfrage wurden die Preise derartiger Tabake enorm in die Höhe getrieben.

Da es sich hier nicht um eine „Qualitätsrichtung“, sondern um eine reine „Modedache“ handelt, so haben alle Aufklärungen bisher nur sehr wenig Erfolg gehabt.

Bezüglich der Wirkungen der sozialpolitischen Gesetzgebung — im besonderen hinsichtlich der Sonntagsruhe und des obligatorischen Ladenschlusses — auf die Zigarrenbranche, ist bisher alles beim alten geblieben.

Besser wird die Lage der Zigarettenindustrie geschildert.

Im abgelaufenen Jahre hat sich der Zigarettenkonsum in Deutschland noch weiter entwickelt und dürfte noch nicht auf dem Höhepunkt der Weiterentwicklung angelangt sein; die Umsätze haben sich infolgedessen bei den meisten leistungsfähigen Fabriken gesteigert.

Die schon im vorigen Jahre zu beklagenden Preisrückgänge für die billigsten Fabrikate sind zwar 1902 noch nicht zum Abschluß gekommen, indes dürfte ihnen nunmehr durch den außerordentlichen Mangel an brauchbarem, billigem Rohmaterial wenigstens vorläufig Halt geboten sein. Dieser Materialmangel, mit dem einige Fabriken, die sich nicht rechtzeitig genügend vorgesehen hatten, jedenfalls recht unangenehm zu kämpfen haben dürften, ist auf relativ kleine Ernten in der Türkei, bedeutend gesteigerten Bedarf in Ägypten und bei verschiedenen Regien, vor allem auf sehr große Käufe des amerikanischen Trusts am türkischen, deutschen und holländischen Markte zurückzuführen. — Im übrigen sind die Befürchtungen betr. eines Konkurrenzkampfes mit dem Trust, wie er in England stattgefunden und nach Auswanderung von Riesensummen auf beiden Seiten zu einer Vereinigung beider Parteien unter der Firma British-American Tobacco-Co. geführt hat, nicht zur Tatsache geworden, woran einerseits wohl das einmütig ablehnende Verhalten der deutschen Zigarettenindustrie gegenüber den etwa beabsichtigten weiteren Fabrikwerbungen durch die Amerikaner schuld ist, andererseits auch die planmäßig von der deutschen Konkurrenz, der Fachpresse und den Fachvereinen geschürte Antipathie gegen die Fabrikate der bis jetzt einzigen amerikanischen Unternehmung am deutschen Markte, die in einigen Groß-

städten bereits bis zur offiziellen Boykottierung derselben geführt haben soll.

Die umfangreiche Reklame in amerikanischem Stil, mit Gratisgeschenken, Gutscheinwesen zc. dürfte ebenfalls dem Trust nicht zum Siege in Deutschland verhelfen.

Trotz dieser verschiedentlichen Beunruhigungen, zu denen noch die immer wieder auftauchende, für die ganze Tabakindustrie gefährliche Frage der Zollerhöhung hinzukommt, darf die deutsche Zigarettenindustrie, namentlich im Verhältnis zu der Zigarrenindustrie, auf das Jahr 1902 als auf ein zufriedenstellendes zurückblicken.

Die ungünstigen Arbeiterverhältnisse werden mit dem charakteristischen Satze beleuchtet:

Die Arbeiterverhältnisse haben sich zu Gunsten der Unternehmer infolgedessen gebessert, als von dem früher beklagten Arbeitermangel, wohl infolge des schlechteren Geschäftsgangs in andern Industrien, wenig mehr zu spüren war.

Dieser einzige Satz bestätigt, daß die Arbeiter während der Krise am meisten zu leiden haben. Größeres Angebot von Arbeitern reizt die Unternehmer, die Löhne zu verbilligen, und es ist eine ausgemachte Tatsache, daß bei wirtschaftlichem Niedergang die Löhne von den Unternehmern in vielen Fällen herabgedrückt werden. Die Zigarrenmacher können seit 1901 ein Lied davon singen!

Rundschau.

Es wird weiter gepumpt. Der Reichs-Anzeiger veröffentlicht das Gesetz, betreffend die Deckung von Ausgaben des Rechnungsjahres 1901. Der Finanzminister wird dadurch ermächtigt, zur Deckung von Ausgaben des Rechnungsjahres 1901, welche aus den Einnahmen dieses Jahres nicht haben bestritten werden können, 37 503 562,19 Mk. im Wege der Anleihe durch Veräußerung eines entsprechenden Betrages von Schuldverschreibungen zu beschaffen.

Der Wahltag ein Feiertag. Die Stettiner Maurer haben beschlossen, am ganzen Tage der Wahl die Arbeit ruhen zu lassen. Den Beschluß faßten zugleich auch die Banarbeiter. Die Töpfer haben dasselbe beschlossen. In der Stettiner Arbeiterschaft haben diese Beschlüsse freudigen Widerhall gefunden. In der Tischler-Versammlung wurde angeregt, am Wahltag so viel als möglich die Arbeit ruhen zu lassen; die allgemeine Arbeitsruhe werde leider nicht möglich sein. In dem Beschluß, die Arbeit am Wahltag ruhen zu lassen, drückt sich die Erkenntnis von der hohen Wichtigkeit der Wahl aus.

Eine umgekippte Kiste als Isolierraum empfiehlt der Landrat des Kreises Sorau. Das amtliche Sorauer Kreisblatt vom 28. Mai veröffentlicht eine Bekanntmachung des Landrats über die Ausführung des neuen Wahlreglements. Darin heißt es von dem Isolierräume:

„Es braucht nicht durchaus ein besonderes Nebenzimmer dazu genommen zu werden, sondern es genügt schon, wenn — und zwar derartig, daß der Wahlvorstand die Einrichtung vor sich hat und übersehen kann — ein kleiner Tisch seitwärts oder in einem Winkel des Wahllokals hingestellt und davor ein Bettschirm oder Ofenschirm oder eine Hüllwand aufgestellt oder in Manneshöhe an einer Schür ein Vorhang gezogen wird, jedoch so, daß der Zutritt zum Tische frei bleibt. Oder es ist (ohne Anbringung eines Vorhangs) auf einem kleinen Tische eine Kiste ohne Deckel von etwa 1/2 bis 1 Meter Höhe umgekippt so aufzustellen, daß der Boden derselben dem Wahlvorstand zugekehrt ist und der Wähler, so vor der offenen Kiste stehend, das Gesicht dem Wahlvorstand zugewandt, innerhalb des Kistenraums den Wahlzettel unbeachtet in den Wahlumschlag legen kann.“

Die umgekippte Kiste, die vielleicht auch noch nach Käse riechen darf, da das ja nicht ausdrücklich verboten ist, ist wieder ein Symbol preußischer Zustände. Bundesrat und Reichstag bekunden einmütig, daß sie die vollste Sicherung des Wahlgeheimnisses wünschen und preußische Behörden führen das so aus, daß man fast an eine Verhöhnung der Beschlüsse der Gesetzgebungsfaktoren zu glauben geneigt wird. Die umgekippte Kiste von 50 Zentimetern Höhe ist gänzlich ungeeignet, den Wähler vor Beobachtung zu schützen. Wenn ihm z. B. an der Tür ein Wahlzettel in die Hand gedrückt wird, so ist er ganz außer Stande, statt dessen etwa unbeobachtet einen anderen aus der Tasche zu nehmen, um ihn in das Wahlkloset zu stecken, da die Kiste keine Bewegung seiner Hände oder Arme verdeckt. Wenn außerdem angeordnet wird, die Kiste müsse so aufgestellt sein, daß der Wähler dem Wahlvorstande das Gesicht zukehrt, so müßte er in den meisten Fällen, da der Wahlvorstand mit dem Gesicht in der Regel gegen die Tür sitzt, gerade der Tür, das heißt also den Beobachtern an der Tür den Rücken oder doch die Seite zuzehren, so daß er also jeder Beobachtung frei zugänglich wäre. Eine solche Art der Ausführung des Wahlreglements muß den Wahlakt ohne weiteres ungültig machen.

Die Reichstagskandidaten der Scharmacher. Das Zentralorgan der Scharmacher, die Deutsche Arbeitgeberzeitung, schreibt, daß seitens der Scharmacher nur solche Reichstagskandidaten unterstützt werden, „die kurz und bündig erklären, daß sie gewillt sind, unter allen Umständen dem berechtigten Verlangen der deutschen Arbeitgeber nach einer entschiedenen Wahrnehmung ihrer Interessen Rechnung zu tragen, sowohl gegenüber dem planlosen Vorgehen der Regierung und der meisten Parteien auf sozialpolitischem Gebiete, als auch den Versuchen der Sozialdemokratie, die Arbeiter allgemach zu Herren der Werkstätten und Fabriken zu machen. Wer sich nicht rückhaltlos auf die Seite des deutschen Unternehmertums stellt, der hat auch nicht auf die Unterstützung seiner Kandidatur durch die Arbeitgeber zu rechnen!“

Die hier zur Schau getragene Offenherzigkeit des Scharmacher-Zentralorgans freut uns aufrichtig. Die Scharmacher unterstützen also nur solche Kandidaten, bei denen sie sicher sind, daß sie für die einseitige Interessenpolitik der Scharmacher, für die Rückwärtsbewegung der Sozialgesetzgebung, für die Knebelung der Arbeiter und die Beseitigung des bestehenden Reichstagswahlrechtes, für die Einschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes und der Pressefreiheit eintreten, alles Forderungen, die fortgesetzt von den Scharmachern erhoben werden.

Liberaler Arbeiterfreundschaft in Wirklichkeit. Die Schmiedhelfer der Maschinenfabrik Augsburg haben an die sich stets liberal gerierende Direktion ein in demütigem Tone gehaltenes Bittgesuch um eine ganz geringe Lohnerhöhung gelangen lassen. Als Antwort darauf wurden der Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes mit noch zwei christlichen, ein Fünf-Dunder und drei dem liberalen (!) Arbeiterverein ange-

hörige Bittsteller auf die Straße geworfen. Die liberalen Arbeitervereiner sind außer sich, daß man sie als Hezer hinauswirft, wo sie doch stets bei allen patriotischen Festen auf Geheiß der Direktion pflichtgetreu Hurra geschrien haben. — Ja, ja, wenn's an den Geldbeutel geht, sind dem Unternehmer auch die „Ordnungsliebenden“ verhasst. Ob diesen wohl die Augen aufgehen?

Wie ein positiver Christ über die heutige Gesellschaftsordnung urteilt, darüber legt die Rede Zeugnis ab, die am 6. September 1900 der Konfistorialrat a. D. Frank in Danzig hielt. Er sagte damals unter anderem: „Mag die gegenwärtige Wirtschaftsordnung den höchsten Anforderungen entsprechen, christlich ist sie nicht, sondern sehr unchristlich, selbstständig und grausam. . . . Aber daß die Wirtschaftsordnung, welche die Sozialdemokraten erstreben, jenen christlichen Grundfäden der Gleichheit, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit viel mehr entspricht, als die gegenwärtige kapitalistische, das kann kein Unbefangener und Klarblickender in Abrede stellen.“ (Seite 20/21 des gedruckten Vortrags, Halle a. S. 1901). „Die Kirche hat niemals vollen und ganzen Ernst gemacht mit dem offenen Bekenntnis zu den sozialen Forderungen Jesu und der Apostel.“ Dieses Bekenntnis eines ehrlichen Mannes den Wählern ins Gedächtnis zurückzurufen, ist gerade jetzt am Platze, da die Gegner so gern davon sagen, Kapitalismus und Christentum seien eins.

Die verdamnte Bedürfnislosigkeit. Ihr Arbeiter seid merkwürdige Leute, sagte Lassalle am Arbeitertag in Frankfurt a. M., 17. Mai 1864. Vor französischen und englischen Arbeitern, da müßte man plädieren, wie man ihrer traurigen Lage abhelfen könne, euch muß man aber noch vorher beweisen, daß ihr in einer traurigen Lage seid. Solange ihr nur ein Stück schlechte Wurst habt und ein Glas Bier, merkt ihr gar nicht, daß ihr in einer traurigen Lage seid, und wißt ihr gar nicht, daß euch etwas fehlt. Das kommt aber von eurer verdamnten Bedürfnislosigkeit! Wie, werdet ihr sagen, ist Bedürfnislosigkeit denn nicht eine Tugend? Ja, vor dem christlichen Moralprediger, da ist Bedürfnislosigkeit eine Tugend! Die Bedürfnislosigkeit ist die Tugend des indischen Säulenheligen und des christlichen Mönches; aber vor dem Geschichtsforscher und vor dem Nationalökonom, da gilt eine andere Tugend. Fragen Sie alle Nationalökonom, welches ist das größte Unglück für ein Volk? Wenn es keine Bedürfnisse hat. Diese sind die Stachel seiner Entwicklung und Kultur. Darum ist der neapolitanische Lazzaroni so weit zurück in der Kultur, weil er keine Bedürfnisse hat, weil er zufrieden sich ausstreckt und in der Sonne sich wärmt, wenn er eine Sandvoll Maffaroni erworben. Warum ist der russische Kosak so weit zurück in der Kultur? Weil er Talglücker frißt und froh ist, wenn er sich in schlechtem Fusel berauscht. Möglichst viele Bedürfnisse haben, aber sie auf ehrliche und anständige Weise befriedigen — das ist die Tugend der heutigen nationalökonomischen Zeit: Und so lange ihr das nicht begreift, predige ich ganz vergeblich!

Internationaler Arbeitsmarkt. Die auf dem deutschen Arbeitsmarkt beobachtete Erscheinung, daß das fortschreitende Frühjahr die günstigen Erwartungen nicht in dem gleichen Maße rechtfertigt, wie sie die ersten Vorboten des frühjahrsmäßigen Umschwunges herborgerufen hat, erfährt seine Bestätigung durch die nunmehr auch aus andern Ländern vorliegenden Aprilberichte. In England ging, wie die Halbmonatsschrift Arbeitsmarkt mitteilt, zwar von März auf April die Arbeitslosenziffer von 4,3 auf 4,1 Prozent zurück, blieb aber noch immer höher als im April des Vorjahres mit 3,9 Prozent. In einzelnen Zweigen der Metall- und Maschinenindustrie ist der Geschäftsgang nach wie vor unbefriedigend. Der schwache Geschäftsgang in der Industrie spiegelte sich ganz besonders deutlich auf dem Kohlenmarkt. Im Textilgewerbe hielt die schon seit einigen Monaten andauernde Besserung an; die in Deutschland nach Ostern beobachtete Abschwächung wurde fast nirgends wahrgenommen. Frankreich hatte im April eine Abnahme der Arbeitslosen zu verzeichnen, die hauptsächlich auf die im Vergleich mit dem Vorjahre sehr viel bessere Kaufkraft zurückzuführen ist. Die Arbeitslosenziffer stellte sich nur auf 9 Prozent gegen 11 Prozent im April des Vorjahres. Diese Ziffer ist aber noch hoch genug, um anzuzeigen, daß ein normaler Beschäftigungsgrad noch nicht eingetreten ist. Das Bekleidungs-gewerbe ist lebhaft beschäftigt; in den Metallgewerken ist die Besserung unverkennbar, schreitet aber nur sehr langsam fort. Im Bergbau läßt die Förderung nach, da die stille Geschäftszeit im Anzuge ist. Recht unruhig gestalteten sich die Arbeitsmarktverhältnisse in den Vereinigten Staaten. Die in vielen Gewerken auf der Tagesordnung stehenden Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitern ließen es zu keiner stetigen Beschäftigung kommen. Drohte doch selbst im Bergbau wieder ein großer Kohlengräberstreik. Sehr zahlreich waren im Westen die Gegenden, wo kaltes Wetter und Schnee die gewerbliche und landwirtschaftliche Tätigkeit beeinträchtigt, während im Osten das gute Frühlingwetter sowohl die Landbestellung, als auch das Detailgeschäft förderte und so den gesamten Geschäftsgang günstig beeinflusste. Daß aber trotz teilweiser Stöckung und Beunruhigung der Geschäftsgang noch ein günstiges Gepräge zeigte, das muß nach dem steigenden Güterverkehr im April wohl angenommen werden.

Zum Versammlungsrecht der Frauen in Bayern ist eine sehr wichtige Entscheidung des Staatsministeriums des Innern gefallen. In einer Volksversammlung, die im Oktober vorigen Jahres in Würzburg stattfand, veranlaßte der überwachende Polizeibeamte die Entfernung der anwesenden Frauen auf Grund seiner Erklärung, daß die Versammlung eine politische sei. Auf die eingelegte Beschwerde hat das Staatsministerium entschieden, daß der Beamte die Grenzen seiner Befugnisse überschritten hat. Dem Überwachenden steht lediglich das Recht zu, den Vorstehenden darauf aufmerksam zu machen, daß ihm die Anwesenheit von Frauen als dem Gesetz zuwider erscheine, und daß er Strafanzeige erstatten werde. Ob im gegebenen Falle die Versammlung als eine politische aufzufassen sei, das zu entscheiden stehe den ordentlichen Gerichten zu. Der Entscheidung des Staatsministeriums stellt mithin fest, daß dem überwachenden Beamten unter keinen Umständen die Befugnis zusteht zur zwangsweisen Auflösung von Frauen aus einer Versammlung oder zur Auflösung einer Versammlung wegen der Anwesenheit von Frauen.

Hebt Krankheit des Lohnverhältnisses auf! Ein für Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleich wichtiges Urteil fällt das Düsseldorf-Gewerbegericht. Ein auf einem dortigen größeren Eisenwerke beschäftigter Schlosser verlangte nach 25wöchiger Krankheit Wiedereinstellung in den Betrieb, wurde jedoch abgewiesen. Da nun der § 124,8 der Gewerbeordnung bestimmt, daß zur Zeit unfähige Gesellen und Gehilfen sofort entlassen werden können, kam das Gewerbegericht zu der Auffassung, daß zur Lösung des Arbeitsverhältnisses eine Verständigung des Arbeitnehmers erforderlich sei, welche in diesem Falle nicht erfolgt war. Dem Schlosser wurde deshalb auf seine Klage wegen unberechtigter Entlassung ein angemessener Schadenersatz zugesprochen.

Ein Tabakmonopol ist in Montenegro, wie aus Cetinje gemeldet wird, eingeführt worden. Die Konzession ist einer Aktiengesellschaft in Venedig für die Dauer von fünfzehn Jahren verliehen worden. Die Ausbeutung des Monopols beginnt im nächsten Jahre.

Nikotinfreie Monopolzigarren. Selbst Regiebetrieblungen machen jetzt den nikotinfreien Kummel mit. Interessant ist, wie die österreichische Monopolverwaltung die von uns angekündigte Herstellung „Nikotinarmer“ dem österreichischen Raucherpublikum plausibel macht. In der Reichswehr wird publiziert: „Seit einigen Jahren werden im Ausland, namentlich in Deutschland, nikotinfreie Zigarren erzeugt, welche sich zunehmender Beliebtheit erfreuen und deren Genuß von Ärzten vielfach empfohlen wird, weil sie geeignet sind, das zur Gewohnheit gewordene Rauchbedürfnis in einer auch für schwächliche Organismen unschädlichen Weise zu befriedigen. Auch in den Kreisen der österreichischen Zigarrenkonsumenten ist in letzterer Zeit das Verlangen nach nikotinarmer Zigarren laut geworden. Die Monopolverwaltung hat sich denn auch längst mit dem Gegenstande beschäftigt und wird noch im Laufe dieses Jahres (voraussichtlich am 1. Oktober) in die Lage kommen, zwei Sorten nikotinarmer Zigarren in Vertrieb zu setzen. Die Typen der neuen Zigarren sind vom k. k. Finanzministerium bereits im Januar dieses Jahres festgelegt worden und ist die Erzeugung der neuen Fabrikate seither im vollen Gange. Die eine Sorte wird unter der Bezeichnung „Selectos“ zum Preise von 20 Sellern dem Spezialtarif einverleibt werden; die andre Sorte wird als lit. C. N. „Rosita“ zum Preise von 8 Sellern in den Trafiken des allgemeinen Verkehrs erhältlich sein. Die Selectos besitzt eine moderne Pallisadenfagon, ist mit einem Papierring geziert und wird in elegant adjustierten Kistchen zu 25 Stück zum Verfaufe gelangen. Die Rosita wird in gefälliger zylindrischer Form erzeugt und in Kartons zu 100 Stück verpackt. Der Nikotingehalt der Selectos beträgt 0,69 Prozent, jener der Rosita 0,81 Prozent und ist nach durchgeführten Analysen geringer als bei den meisten Sorten der renommiertesten deutschen Firmen.“ — Welch ein Schwindel! Aber nur zur höheren Ehre des finanziellsternen Fiskus!

Norwegen. Das Fachvereinsgesetz ist nun endgültig begraben worden. Nachdem das Lagthing die Strafbestimmungen gegen die Arbeiterorganisationen ablehnte und den Entwurf an das Odelsthing zurücksandte, hat nun auch dieses Thing beschlossen, das ganze Gesetz zurückzustellen. Wenn nun nicht die norwegischen Arbeiter bald für eine starke Vertretung ihrer Interessen im Parlament sorgen, wird es jedenfalls sehr lange dauern, bis ihnen der in jenem Gesetz versprochene Schutz des Koalitionsrechts zu teil wird.

Achtung!

Den Zahlstellen des 14. Agitationsbezirks zur Kenntnisnahme, daß die Adresse der Vorort-Kommission jetzt ist: Dresden-N., Förstereistr. Nr. 36, III. Richard Uhlig.

Berichte.

Halle. Wir erhalten folgende Zuschrift: Titl. Redaktion des Tabak-Arbeiter, Leipzig. In dem Artikel unter „Halle“ in Nr. 21 des Tabak-Arbeiter verbreiten Sie verschiedene ganz unrichtige Angaben. Ich habe „nicht immer“ Mk. 8.50 für schräge Fassons bezahlt, sondern nur für ein besonders großes Fasson. Keinem Arbeiter ist bei mir ein Abzug gemacht worden, am wenigsten dem Arbeiter George, und hat letzterer Mk. 3.— wöchentlich für Anfeuchten von Tabak deshalb nicht erhalten, weil er dies überhaupt nicht besorgt hat. Dies ist vielmehr der Arbeiter W. Specht als 2. Bevollmächtigter in Halle a. S. selbst gewesen. Denselben habe ich nicht „auf seine Art Geld abgezogen“, sondern er hat auf eine mehr als unfeine Art grobe Unwahrheiten verbreitet, da er die wöchentliche sporadische Gratifikation nicht nur ordnungsgemäß, sondern sogar öfter erhalten hat, als die Abrede lautete. Mein Kontor steht ihm zur Rücksendung des zu viel gezahlten Geldes jederzeit offen. Die Entlassung der Arbeiter erfolgte Dank der Aufwiegelungen des 2. Bevollmächtigten W. Specht. Deshalb ist auch der berühmte Mann, der sich jetzt so ängstlich verborgen hält, zuerst mit abgedankt.

Ich ersuche höflich, den Artikel öffentlich nach § 11 des Preßgesetzes dahin zu berichtigen und zeichne Hochachtungsvoll Otto Fuchs.

Kahla. Berichtigung. In Nr. 22 des Tabak-Arbeiter befindet sich ein Artikel, welcher geeignet ist, die Kollegen der Firma Heineke in der Öffentlichkeit herabzusetzen und aus diesem Grunde der Aufklärung bedarf. Wir haben uns bemüht, den Einsendern auf die Spur zu kommen und gefunden, daß Betreffende nicht, wie angeblich, in Kahla, sondern in Jena zu finden waren. Wie nun festgestellt wurde, handelt es sich bei Veröffentlichung des unter „Taktlosigkeit“ überschriebenen Artikels nur um einen Raueffekt des früheren Mitglieds Baumberg-Jena. Genannter war früher Mitglied des Verbandes, und nachdem er denselben genügend in

Anspruch genommen, meldete er sich angeblich wegen der obligatorischen Einführung der Zuschußkasse ab, ohne bis zum Tage seines Austritts die Beiträge beglichen zu haben. Von unserer Seite wurde das Gebahren des Betreffenden im Tabak-Arbeiter einer Kritik unterzogen, und die scheint auch gesehnen zu haben. Anscheinend hat er nun auf eine passende Gelegenheit gewartet, um sich an unserer Zahlstelle reiben zu können; und jedenfalls glaubt er diese gefunden zu haben in unserem angeblich „traurigen“ Verhalten der Maifeier gegenüber. Doch auch hier ist Herr Baumberg auf dem Holzwege. Zur Sache selbst teilen wir der Öffentlichkeit mit, daß im sozialdemokratischen Verein Kahla beschlossen wurde, von einer Arbeitsruhe am 1. Mai abzusehen, da vorwiegend Porzellanindustrie am Orte betreten ist, und in diesen Betrieben (es kommen ca. 1200 Arbeiter in Betracht) kann an eine Arbeitsruhe nicht gedacht werden, da die Betreffenden unter dem wirtschaftlichen Niedergang sehr zu leiden haben; dagegen wurde beschlossen, die offizielle Feier am Sonntag, den 3. Mai, abzuhalten, an welcher sich sämtliche Tabakarbeiter beteiligten. Da nun aber Baumberg nicht in der Lage ist, Artikel in den Tabak-Arbeiter zu langieren, brauchte er die Unterstützung von Mitgliedern, und diese fanden sich in seinen beiden Arbeitern Friedrich Kracht und W. Böhl, beide aus Tangermünde. Sollte hierbei etwa die Aussicht auf die Hungerpeitsche mitgewirkt haben, daß sich die beiden zur Unterschrift hergaben? Wenn nicht, können wir das Verhalten der zwei Kollegen nicht anders erklären, daß sie sich zu willigen Werkzeugen ihres dem Verbands untreu gewordenen Arbeitgebers hergaben. Wie reimt sich nun das Verhalten des Kollegen Kracht zu seinem Tatgefühl, daß er am 3. Mai, als die offizielle Maifeier stattfand, und er hier in Kahla anwesend war, nicht nur selbst nicht hinging, sondern sogar andere davon abhielt und mit ihnen in ein anderes Lokal ging. Jedenfalls nur aus großem Tatgefühl, „Kollege Kracht“! Das Empörtsein wäre nun bei uns am Platze, doch wir kennen den Betreffenden von früher und wissen, daß derselbe trotz unserer regen Agitation niemals zu bewegen war, mit in eine Volksversammlung zu gehen. Und jetzt, nach sechs Monaten, solche Begeisterung? Wir in Kahla freuen uns natürlich auch darüber, daß man endlich begreifen lernt, müssen uns aber dagegen verwahren, daß, weil wir am Orte tätigen 16 Zigarrenarbeiter der oben geschilderten Verhältnisse halber am 1. Mai gearbeitet haben, den Schluß zu ziehen, taktlos gehandelt zu haben. Das Urteil überlassen wir unseren Parteigenossen und nicht denen, die da glauben, schon genügend gelehrt zu haben, wenn sie zufällig am 1. Mai 1903 nicht arbeiteten. In einer kombinierten Mitglieder-Versammlung für Kahla und Maschhausen, welche am 2. Juni stattfand, wurde auch diese Sache angeknüpft, wobei sämtliche Redner das Verhalten der Obengenannten scharf beurteilten. Folgende, vom Kollegen Kramer-Maschhausen eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme: „Nach Klarlegung aller Verhältnisse und Prüfung früherer Schriftstücke des Herrn Baumberg-Jena kommt die heutige kombinierte Mitglieder-Versammlung der Zahlstellen Kahla und Maschhausen zur vollen Ueberzeugung, daß der mit Taktlosigkeit signierte Artikel in Nr. 22 des Tabak-Arbeiter ein Produkt des Herrn Baumberg und der Kollegen Kracht und Böhl ist, um sich an den Kollegen Kahla zu rächen. Sie beurteilt dieses Verhalten auf das Schärfste und gibt den Kollegen Kahla das Zeugnis, daß dieselben ihrer gewerkschaftlichen wie moralischen Pflichten jederzeit in jeder Beziehung gerecht geworden sind.“

Briefkasten.

K., Schweidnitz. Die Karte war nicht abgestempelt.

Quittung.

Von Belgis durch Herrn Schöpfer 2,50 Mk. Von Glas durch P. Bläsche 5.— Mk. Von Peterswaldau durch Karl Hein 3,20 Mk. Allen Gebern besten Dank. Der Streik dauert fort. Bezug ist streng fernzuhalten. Gelder sind zu richten an Oskar Klose, IV. Bezt., Nr. 102, Langenbielau.

Bekanntmachung.

Von Kopenhagen (Dänemark) erhalten wir die Mitteilung, daß seit längerer Zeit in verschiedenen Fabriken ein Streik ausgebrochen ist. Wir ersuchen die deutschen Kollegen, bis auf weiteres Dänemark zu meiden, indem dort keine Reiseunterstützung verabsolgt wird. Kollegen! Befundet die Solidarität. Bremen. Der Vorstand.

Vereinsteil.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftstotal: **Hamburg-Ohlenhorst**, Mozartstr. 5, I. Aufsicht: D. Sidom, Brandenburg a. S., Kurze Straße 3. Schiedsgericht: Karl Krausig, Dresden, Schanzstr. 3, II.

Eingegangen: Wandersbed 300 Mk., Lübed 100 Mk., Zuschüsse: Leipzig 100 Mk., Rohrbach 80 Mk., Weiskensfeld 30 Mk., Nied 40 Mk., Schorndorf 65 Mk., Ottsen 400 Mk. — Krankengelder: 57 Mk.

Hamburg, den 8. Juni 1903. H. Otto.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 18, II. Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreibe- u. Wertsendungen nur an **W. Niederwelling**, Bremen, Marktstraße 18, II.

Für den Aufsicht bestimmte Zuschriften sind an **Heinrich Meißner**, Hannover, Lange Str. 1, II., zu adressieren.

Bekanntmachung.

Das auf den Namen **Julius Löhle** aus **Soran** lautende Buch, Ser. II, 01243, ist zu konfiszieren und an uns einzusenden. Der Inhaber dieses Buches ist auf unrechtmäßige Art in den Besitz desselben gelangt. Es ist auf keinen Fall Unterstützung auszusuchen.

Franz Holden aus **Minden** erklärte seinen Austritt aus dem Verband, weil er sich als Lohnbrüder gebrauchen ließ und dieserhalb gestrichen werden mußte.

Die Bevollmächtigten und auch sonstige Kollegen, die die Adresse des **Julius Neuhoff** aus **Bischofsverda** kennen, wollen uns dieselbe umgehend einsenden. Neuhoff hält sich wahrscheinlich in **Hamburg** oder angrenzenden Orten auf.

Nach § 8 gestrichen: **Rittmann**, Buch Ser. III, 01 703, zur Zeit in **Calmbach**; **Albert Krause** aus **Berlin**, Buch Ser. III, 24 321, und **Frau Marie Krause** geb. **Majewska** aus **Posen**, Ser. III, 24 322, zur Zeit in **Berlin**.

Wegen Rest gestrichen: **Fry. Schenau**, **Katharine Schenau**, **Georg Schmitt**.

Laut Beschluß der Dresdner Generalversammlung tritt am 28. d. Mts. das neue Statut mit seinen erhöhten Beiträgen in Kraft.

Es empfiehlt sich daher, bis zu diesem Datum die Abrechnungen abzuklären. Den Mitgliedern ist daher anzuraten, da es notwendig ist, den Uebergang zu vollziehen, ihre Beiträge bis dahin zu begleichen, damit keine Reste mehr vorhanden sind.

Es sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß alle Mitglieder, die sich bis zum 28. Juni der im Verbands existierenden fakultativen Zuschußkasse anschließen oder angeschlossene haben, in der Zeit vom 28. Juni 1903 bis 31. Dezember 1903 bei Erwerbsunfähigkeit, soweit sie mindestens 13 Beiträge entrichtet, 13 Wochen oder 78 Tage lang eine Unterstützung in der Höhe jener Klasse der jetzt geltenden Zuschußkasse, für die sie ihre Beiträge entrichtet haben, erhalten.

Die Reiseunterstützung wird bis zum 1. Juli 1904 ausbezahlt, von da ab tritt die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung in Kraft.

Die Bevollmächtigten und Redatoren werden dringend ersucht, für pünktliche Einsendung der Abrechnungen Sorge zu tragen.

Bremen. Der Vorstand.

Vom 26. Mai bis 8. Juni 1903 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:	
Nr.	Summe
25. Mai. Hastedt . . .	100.—
25. Emmerich . . .	50.—
25. Würzen . . .	55.—
25. Mittweida . . .	100.—
29. Silberstein, M. N. . .	5.—
29. Brandenburg . . .	101.60
1. Juni. Schmebt a. D. . .	75.—
4. Karlsruhe . . .	10.—
7. Emmendingen . . .	50.—

B. Für Annoncen:

28. Mai. Scharmbed, Frau Können, in Nr. 20 des Tab.-Arb. 2.—

C. Freiwillige Beiträge:

1. Juni. Potsdam, Br. Meister 10.—

Berichtigung. In Nr. 22 des Tabak-Arbeiter muß es unterm 19. Mai heißen: Krefeld 15 Mk., statt 50 Mk.; unterm 24. Mai: Pegau 35 Mk., statt Buchheim 35 Mk.

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiemit den Kollegen in Erinnerung gebracht. Erwuche die Herren Abfender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.

Etwasige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen. Bremen, den 8. Juni 1903. Marktstraße 18, II.

W. Niederwelling, Kassierer.

Provisorisch aufgenommen sind:

- Gust. Vieth aus Dahme. (68)
- Aug. G. Schumann aus Röhwein. (230)
- Anna Schenk, Elise Großhaus geb. Korn aus Halberstadt. (138)
- Kranziska Seiler aus Hohenheim, Wilh. Gerzbach aus Wimpfen, Joh. Baust aus Sandhausen. (263)
- Minna Buttig aus Lückendorf b. Bittau. (184)
- Ernst Bruchholz aus Strehla a. E. (338)
- Herm. Rasemann aus Delitzsch. (47)
- Theodor Gräber aus Dahme, Alfred Hange aus Gräfenhainichen (3. P.). (188)
- Anna Elsner aus Sähen (Kr. Strehlen).
- F. Winter aus Blede (3. P.). (376)
- Helene Weller aus Altenburg. (1)
- Hedwig Neß aus Freiberg, Hedwig Müller aus Freiberg, Selma Hadamersky aus Marbach, Emil Vormann aus Zug (3. P.), Oswald Richter aus Lohmitz (3. P.). (103)
- Johann Däubler aus Gruppenbach. (112)
- Johann Meißner aus Bornitz b. Waizen (3. P.). (89)

Etwasige Einwendungen gegen die provisorisch Aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen. Der Vorstand.

Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt:

In **Krefeld**: Im Lokale des Herrn Schmitz, Evang. Kirchstraße. Von 1/21—1/22 Uhr Mittags. — Das Rufenslassen in der Fabrik ist strengstens untersagt.

Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht Euerer Versammlungen zahlreich!)

In **Bernburg**: Sonntag, den 21. Juni, Nachmittags 1/4 Uhr, im Thüringer Hof, Schulstraße. Tagesordnung: 1. Erläuterung der neuen Statuten. 2. Verschiedenes. — Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend nötig. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Bautzen. Achtung! Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß mit dem 28. Juni die neuen Beitragsmarken in Anwendung kommen und bis dahin alle Reste beglichen sein müssen, damit wir die Abrechnung rechtzeitig fertigstellen können. Dies gilt auch für diejenigen Mitglieder, die von auswärts nach hier feuern. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Gera. Allen Mitgliedern der Zahlstelle zur Nachricht, daß die Beiträge für das 2. Quartal bis zum 28. Juni beglichen sein müssen, da von da an die neuen Beitragsmarken verwendet werden, und damit die Abrechnung rechtzeitig erfolgen kann. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Löbau. Die Mitglieder von Löbau und Umgegend werden ersucht, ihre Reste bis zum Quartalschluß zu begleichen, damit pünktlich die Abrechnung erfolgen kann. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Geldmangel zwingt mich, mein großes Lager in schönen, alten **Adermäder** sowie einigen **hochfeinen Marken besserer Decktabake** zum Selbstkostenpreis per Kasse zu verkaufen. Reflektanten wollen ihre Adresse abgeben unter **T. R. 70** in der Exped. d. Blattes.

Gesucht eine **Wickelmacherin**. Lohn 2,50—2,60 Mk. **Pauschmann**, Mainz, Gaustraße 71.

Ein junger **Wickelmacher**, der auf alle Fassons gut eingearbeitet ist, sucht dauernde Stellung. Gesl. Offerten erbittet **Rich. Spindler**, Wintersdorf S.-A.

Junger, tüchtiger **Zigarrenmacher**, der sich selbst Wickel macht, mit der Buchführung und schriftlichen Arbeiten vertraut ist, sucht geeignete Stellung. Werte Offerten unter **K. H. S. 77** an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Dem Kollegen **Bernhard Fiedler** aus Sommerfeld zu seinem am 10. Juni stattgefundenen 20. Wiegenfest ein dreifach donnerndes Hoch.

Die Kollegen von Esterwerda. G. Wolff. W. Bahr. W. Freigang.

Karl Schulze aus **Potsdam**, um Deine Adresse bittet **Paul Schleich**, Dortmund, Sunder Weg 55.

Solider Zigarrenarbeiter, der selbst Wickel macht, sucht sofort dauernde Beschäftigung. **Förster**, Zigarrenfabrik, **Seufenberg N.-L.**

Junger, tüchtiger **Sortierer**, im Kistenmachen bewandert, sucht dauernde Arbeit. Offerten erbittet **Heinrich Mantel**, **Selmarshausen** (Bez. Kassel).

Unser Kollegin und Tischgenossin, **Frl. Eva Siegel**, zu ihrem am 2. Juni stattgefundenen Hochzeitstages die herzlichsten Glückwünsche.

Ihre Genossen. Adam u. Karl II., Jakob B., Wilh. A.

Unserm Freund und Kollegen **Albert Knies** aus **Emmerich a. Rh.** zu seinem am 16. Juni stattfindenden Wiegenfest die herzlichsten Glückwünsche.

Seine Kollegen G. P., W. M., B. G., W. Sch., R. I. Um die Adresse des Zigarrensortierers **Conr. Heitmann**, von **Duisburg** nach **Hanau** abgereift, bittet **V. Bemelaar**, **Duisburg**, Neuborfer Str. 125.

Ersuche dringend die Bevollmächtigten, mir die Adresse des Kollegen **August Meyer** aus **Rhüden** (früher in Goslar am Harz) einer juristischen Angelegenheit wegen zuzusenden. **Richard Uhlig**, **Dresden-N.**, Förstereistraße 36, III.

Verspätet. Unserer Kollegin **Selma Ebert** zu ihrer am 1. Juni stattgefundenen Vermählung die besten Glückwünsche.

Die Kollegen und Kolleginnen der Zigarrenfabrik Gebrüder Pätzig in **Hainichen**.

Ersuche die Herren Bevollmächtigten, in deren Bereich sich der Zigarrenarbeiter **Karl Gründler** aus **Nordhausen** befindet, mir wegen wichtiger Angelegenheit dessen Adresse zukommen zu lassen. Porto wird vergütet. **Heinr. Mühlings**, **Goslar a. S.**, Peterstraße 18.

Empfehle äusserst preiswert alle Sorten

Roh-Tabake

zur Zigarrenfabrikation, als: **Sumatra, Java, Vorstenlanden, Havanna, Jara-Cuba, Domingo, St. Felix-Brasil, Carmen, Seedleaf und Losgut** etc.

Versand in Bahnkolli jeglicher Grösse wie in Postpaketen nur unter Nachnahme! Preisnota gratis und franko.

C. Bathmann, Bremen.

Lager Freibezirk und verzolltes Lager: Hinterm Schütting 12.

En gros. Rohtabak-Verkauf. En detail.

Grosse Auswahl in den verschiedensten Sorten und Sortierungen schöner Sumatra, Borneo, Java, Havanna, Mexiko, Cuba, St. Felix, Seedleaf, Domingo, Carmen u. echten alten 1900er u. 1901er Udermärker Tabaken.

Ganz besond. mache ich auf folgende Tabake u. Preise aufmerksam

Sumatra, blatt, best 1 1/2 Pfd. à Pfd. 250

Borneo, Vollblatt, 2. Länge, schneeweisser Brand, à Pfd. 200

Sumatra, hell und hellbraun 2. und 3. Bollblattlängen, zart und schöner Brand à Pfd. 180-250

Sumatra, 1. u. 2. Bollblattlängen, ganz hervorragende Marke u. selten schöne Farben, Brand u. Qualität hellbraun u. ganz hell à Pfd. 250-450

Havanna, Umbl. u. Einl., feine (Buelta) à Pfd. 175-250

Cuba u. Mexiko, gartes Umblatt und Deckblatt à Pfd. 150-250

Java, Umblatt (Bezocki), leicht, großblattig, fast alles Deckblatt, schneeweisser Brand à Pfd. 125

St. Felix Cruz u. Almas, Umblatt, Einlage u. Deckblatt 100-140

Carmen, Umblatt, kastanienbraune Farben, großes, gartes Umblatt 100-120

Wickelformen, gebrauchte und neue, moderne Fassons per Stück 40-120

Prima Losgut, Wasser- od. Brandbeschädigungen 80-90

Domingo FF, gr., zart. Umbl., feine Dual., à Pfd. 90-100

Carl Schäche, Görlitz.

Roh-Tabak.

Sumatra à 145, 150, 170, 230, 250, 260, 270 bis 370 g . Java Umblatt, Vorstenlanden, von 95 bis 130 g . St. Felix Brasil von 95 bis 150 g . Domingo 105 u. 110 g . Seedleaf à 100 g . Carmen 105 bis 115 g . Losgut 85 g . Mexiko Decke à 300 g . Havanna, Märker, Brasil-Gras und Elässer Rebut in guten Qualitäten empfehle und versendet unter Nachnahme. Kredit nach Uebereinkunft, jedoch nur ballenweise.

Agentur und Kommission **Herm. Herholz**
Berlin, Brunnenstrasse 188.

En gros. Roh-Tabak. En detail.

Preise verzollt ab Berlin.

Grösste Auswahl in verschiedenen Marken und Sortierungen alter u. neuer Ernte in Sumatras, Borneo, Java, Vorstenlanden, Havanna, Cuba, Mexiko, St. Felix, Domingo, Carmen, alten Udermärker Tabaken in tadellos gutem Brand.

Sumatras hell, mittelfarbig, braun, Vollblatt 1 1/2 Pfd. bedächtig, 140, 150, 180, 200, 250, 300, 350, 400 Pfg.

Javas 85, 90, 95, 100, 110, 120, 125, 130 Pfg.

St. Felix Brasil 95, 100, 110, 120, 125, 130, 150, 160 Pfg.

Carmen 80, 85, 90, 100, 110, 120 Pfg.

Domingo 80, 90, 100, 110 Pfg.

Prima Losgut, rein, gesund, Umblatt und Einlage, 78, 80, 85 Pfg.

Jedes Quantum gegen Barzahlung 3 Proz. Skonto. Postkolli unter Nachnahme. - Kredit nach Uebereinkunft.

E. Erbe, Berlin C., Auguststrasse 36.

Max Otto, Roh-Tabak.

Hauptgeschäft: Berlin NO., Neue Königstrasse 6

Filiale f. Detailverkauf u. Postversand: Berlin N., Brunnenstr. 38

empfehle

Sumatra in allen Sortierungen und Farben zu 115, 120, 160, 200, 225, 250, 275, 300, 350, 400, 450, 550 Pfg.

Java zu 85, 90, 95, 100, 105, 115, 120, 125, 130, 135 bis zu 250 Pfg.

Brasil zu 100, 110, 115, 120, 125, 130, 135, 140, 145 bis zu 275 Pfg.

Domingo von 90 bis 115 Pfg. **Carmen** von 80 bis 125 Pfg.

Havanna, Mexiko, Märker, Pflüzer, Rebut.

Versand gegen Nachnahme. Krediterteilung nach Uebereinkunft.

Bei Bestellungen von auswärts erbitte ich, um beste Bedienung zu ermöglichen enaue Angabe der Wünsche über Farben und Blattgröße.

Formen, gebraucht, sehr gut erhalten, sehr preiswert.

En gros. Billige Rohtabake! En detail.

Gegen Nachn. verz.: **Sumatra** Deckblatt 130-425 g , **Brasil** 188-280 g , **Java** 90-330 g , **Domingo**, **Seedleaf**, **Carmen** 84-125 g , **Los-Gut**, rein amerit., kerngesund (Aufarbeiter!) 80 g . Rohtabakhandlung, Bremen, Rennstadtbahnhof 15.

Lose zur 144. Kgl. Sächs. Landes-Lotterie Ziehung 1. Klasse: 6. u. 7. Juli 1903

empfehle **Robert Lederer**, amlt. Einnehmer, Leipzig, Wintergartenstr. 9.

Raupreis für Klassenlos: 1/10 5 M 1/5 10 M 1/2 25 M 1 50 M .

Voll-Los für alle Klassen: 25 M 50 M 125 M 250 M .

Rohtabak!

Filialen in Berlin:

im Norden: Brunnenstr. 25.

im Osten: Koppenstr. 9.

im Südost: Kottbuserstr. 2.

Filiale in Sachsen:

Chemnitz: Brückenstr. 19.

Filiale in Schlesien:

Ratibor, Jungferstr. 11.

Emil Berstorff, Berlin C. 2.

Ein jüngerer, verheirateter Zigarrenmacher mit Wickelmacher sucht sofort dauernde und sichere Arbeit. Gefällige Offerten wolle man an **Max Bacher**, 2. Bev., Landsberg a. W., Schönhofstr. 22, senden.

Roh-Tabak

alle Sorten in größter Auswahl zu billigsten Preisen.

Sumatra, Umblatt, à 110 und 115 g

Sumatra, Decke, mittelf., à 185, 250, 270 g

Vorstenland, Decke ff., à 160 g

Brasil St. Felix, à 95, 105, 120 g

Java, à 85, 90 g , Umblatt à 100, 115 g

Carmen u. Domingo, Umblatt à 85 g

empfehle als besonders preiswert

S. Hammerstein Filiale

Vertreter: **Gustav Boy**

Rohtabakhandlung und Versandhaus

Berlin N., Brunnenstrasse 183.

Tabak

A. Goldschmidt

jetzt Berlin C. Dirksenstr. 42

zwischen Spandauer Brücke u. Rochstr.

E. Brinkmeier Bremen.

Sumatra

Deli: Hochfeine, zarte 1. Bollblattlänge, ganz hell, ideal in Brand und Geschmack . . . Pfd. 365 g

Deli: Edle, zarte 2. Bollblattlänge, hell . . . Pfd. 250 g

Deli: Edle 2. breite Bollblattlänge, hellbraun . . . Pfd. 230 g

Deli: Feine 1. breite Bollblattlänge, mittelbraun . . . Pfd. 200 g

Deli: Feine 2. Bollblattlänge, mittelbraun . . . Pfd. 175 g

Deli: Schöne 2. Bollblattlänge, mittelbraun . . . Pfd. 150 g

Vorstenlanden

1. Länge, Vollblatt, Ia. Decker Pfd. 140 g

Java

Ia. Bezock-Einlage mit Umbl. Pfd. 85 g

Ia. reines Umblatt . . . Pfd. 110 g

Felix-Brasil

Große, gedockte, sehr blattige Einlage . . . Pfd. 90 g

Hochfeiner Decker, prima Brand und Geschmack . . . Pfd. 200 g

Feiner Cruz d'Almas, Umblatt und Einlage . . . Pfd. 115 g

Seedleaf, enorm preiswert

Hochfeines Umblatt . . . Pfd. 100 g

Umblatt und Einlage . . . Pfd. 85 g

Domingo

Hochf. Mokka-Gewächs, FF Pfd. 100 g

Carmen, spottbillig

Hochfeines Umblatt Pfd. 90 und 100 g

Umblatt mit Einlage . . . Pfd. 80 g

Mexiko

Hochfeiner dunkler Decker . Pfd. 250 g

Losgut, besonders preiswert

Aufarbeiter, enorm blattig, rein amerikanisch, kerngesund . Pfd. 75 g

Preise verstehen sich verzollt. Postkolli gegen Nachnahme.

Jeder Versuch führt zur dauernden Verbindung, wie der stetig wachsende Kundenkreis beweist. Umtausch anstandslos, daher kein Risiko.

E. Brinkmeier, Bremen.

Jeder!

fordere sich sofort unsere neue Preisliste 22, muß unbedingt Jeder lesen. Enthält sämtliche Artikel mit ca. 1000 Abbildungen für die Cigarrenfabrikation!

Zusendung erfolgt kostenlos sofort! Größtes Cigarren-Wickelformenlager Deutschlands.

Jedes Façon stets am Lager. Preis der Formen: Originalfabrikpreis!

Größtes Rohtabak-Lager!

Deutsche sowie amerikanische Tabake! Unstreitig erstes u. größtes Fabrik- und Handelsgeschäft der Rohtabak- und Utenfilien-Branche. Jeder vergleiche unsere Preise mit anderen Preisen! Unstreitig ohne Konkurrenz!

Besonders zu empfehlen:

Sumatra Umblatt, leicht, gut brennend, per Pfund verzollt 1.05 M .

Sumatra Umblatt, viel Decken enthaltend, per Pfund verz. 1.30 M .

Sumatra Einblatt, leicht bedeckend, schneeweißer Brand, mittel und helle feine Farben, per Pfd. verz. 2.25 M .

Sumatra, 2. Länge, Vollblatt, hochfeine helle Farben, schneeweißer Brand, per Pfund verzollt 3.10 M .

Gute Udermärker Einlage à 70 Pfg. per 1/2 Kilo.

Außerdem ca. 60 verschiedene Muster **Sumatras**.

Kreditgewährung nach Uebereinkunft. Jeder fordere sofort Preisliste 22 ein.

L. Cohn & Co., Berlin N.

Brunnenstrasse 24.

Fernsprecher: Amt 3, Nr. 513

Telegramm-Adresse: Formencohn Berlin.

J. H. Koopmann Bremen

empfehle als äußerst preiswert:

für 120 g einen hochfeinen **Sumatra Decker**, 3. Länge, Vollblatt, hellbraune Farben, schneeweißer Brand, große Deckkraft; ferner feine **Sumatra Decken** in allen Farben und Längen von 150 bis 350 g ; **Sumatra Umblatt** 100, 110, 120 g ; **Borneo Decker** und **Umblatt** 100 und 110 g ; **Havanna Decker**, feine Mittelfarben, zartes, volles Blatt und tadellos im Brand 450 g ; **Mexiko Decker** 200, 220 g ; **Cuba**, feines Blatt, 150 g ; **Java Decker** 130, 140 g ; **Vorstenland Decker**, braun 140 g , hellgrau 180 g ; **Vorstenland Umblatt** und **Einlage**, hervorragend schöne Qualität u. Brand, 85 u. 90 g , feinstes **Umblatt** 105, 110 g ; **St. Felix-Brasil Decker** 160, 180, 200 g ; **St. Felix Umblatt** (Dannemann u. Co.) 120 g ; **St. Felix Umblatt** und **Einlage** 85, 90, 95, 100, 105, 110 g ; **Carmen Umblatt**, trocken und breitblattig, feinste Qualität, 105, 85, 80, 75 g ; **Domingo Umblatt** 80, 85, 90, 100 g ; **Losgut**, rein überseeisch, meist **Umblatt**, 75 g .

Preise verzollt. Preise verzollt.

Versand unter Nachnahme.

Achtung — Rohtabak.

Bei vorkommendem Bedarf an **Rohtabak** ersuchen wir hiermit die geehrten Fabrikanten, uns zur Konkurrenz heranzuziehen, und sind wir stets bereit, in jeder gewünschten Farbe, Qualität und Preis-lage als Muster ohne Wert größere Handmuster abzugeben.

In der festen Ueberzeugung, daß wir in jeder Weise konkurrenz-fähig sind, ersuchen nochmals, uns gütigst berücksichtigen zu wollen.

Hengfoss & Maak

Altona-Ottensen.

H. Edling

Bremen-Neustadt

empfehle als preiswert:

Sumatra Decker per 1/2 kg 120, 130, 140, 150, 160, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 280, 300 und 320 g ; **Sumatra Umblatt** per 1/2 kg 90, 95, 100, 105, 110, 120 Blätter 90 g .

Java Decker per 1/2 kg 130, 140, 160, 180 g ; **Java Umblatt** per 1/2 kg 80, 85, 90, 95, 100, 105, 110, 125 g .

Java Einlage per 1/2 kg 70, 75, 80, 85 g ; **Mexiko Decker** per 1/2 kg 160, 180, 200, 220 g ; **Mexiko Umblatt** per 1/2 kg 100, 110 g ; **Brasil Decker** per 1/2 kg 140, 150, 160, 180 g .

Brasil Einlage und Umblatt per 1/2 kg 85, 90, 95, 100, 105, 110, 120, 130 g ; **Carmen Umblatt** per 1/2 kg 75, 80, 85, 90, 100 g ; **Domingo Umblatt** per 1/2 kg 70, 75, 80, 85, 90, 100 g ; **Seedleaf Umblatt** per 1/2 kg 80, 85, 90, 100, 110 g ; **Losgut Einlage und Umblatt**, rein überseeisch, 70 und 75 g ; **Gemischte Original-Tabake** 80 g ; **losen Domingo** 70 g ; **losen Carmen** per 1/2 kg 70 g .

Preise verzollt. Versand unter Nachnahme. Kredit nach Uebereinkunft.

Gesucht eine tüchtige Wickelmacherin. Offerten unter J. S. caudie Credition dieses Blattes

Aufklärende Schriften!

Zur Anschaffung sehr empfohlen:

Nieuwenhuis, Die Bibel, ihre Entstehung und Geschichte. 96 S., brosch. 40 g .

Nieuwenhuis, Der Gottesbegriff, seine Geschichte und Bedeutung. 80 S., brosch. 40 g .

Lütgenau, Seifenfrage. 84 S. 20 g .

Stomles Städtebuch, Reiseführer durch Deutschland und angr. Länder mit Eisenbahn- und Wegekarte, gebund. 1.20 M . Porto 20 g .

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und von **G. Stomles Verlag, Bielefeld**.

C. Strohmann, Bremen

Rohtabak en gros u. en detail.

Sumatra Decker Deli, Mittel- und helle Farben à Pfd. 150, 160, 180, 200, 250, 300 g . **Sumatra Umblatt** 110, 120 g .

Java Decker 130, 150 g . **Java Umblatt** 90, 100 g . **Felix Brasil Decker** FF. 180, 200 g . **Brasil Umblatt u. Einlage** 100, 120 g . **Domingo Umblatt** ff. 90, 100, 110 g . **Carmen Umblatt**, schönes Blatt, 80, 85 g . **Losblatt**, gesund, vollblattig, 70-80 g . Nur rein amerikanische Tabake, garantiert weiß brennend, verzollt unter Nachnahme.

Billiges Angebot.

Ia. Umblatt und Einlage per 1/2 kg 68 und 70 Pfg. **Hochfeines Umblatt** per 1/2 kg 80 und 90 Pfg.

Ia. Losgut, rein, gesund, Umblatt und Einlage, per 1/2 kg 78, 82 und 84 Pfg. **Domingo** per 1/2 kg 80, 90, 100 und 110 Pfg. **Java-Decker** per 1/2 kg 140, 160, 190 und 230 Pfg.

Sumatra-Decker, hell, mittelfarb., braun, 1 1/2 Pfd. bedächtig, per 1/2 kg 150, 185-200, 250-300, 350, 400 Pfg.

Größte Auswahl in verschiedenen Marken und Sortierungen alter und neuer Ernten in Borneo, Sumatra, Java, Havanna, Mexiko, Domingo, Brasil und Udermärker Tabak in tadellos gutem Brand.

Alles verzollt ab hier. Postkolli gegen Nachnahme. Kredit nach Uebereinkunft.

Otto Fuchs

Halle a. S., Königstr. 1.

Größere Zigarettenfabrik

sucht **Werkmeister**. Derselbe muß mit allen Zweigen der Fabrikation (Hand- und Maschinenbetrieb), Laboreinfuhr etc. vollkommen vertraut sein und Ia. Zeugnisse besitzen. Offerten mit Gehaltsansprüchen sub S. H. an die Exp. d. Bl.

Ein Zigarrenmacher, 8 bis 10 M findet dauernde Beschäftigung.

M. Wötger, Sig.-Fabr., Liebertwolkwitz.

Zwei tüchtige Wickelmacherinnen für dauernde Arbeit gesucht. Auskunft erteilt **Hst. Buchheim**, Pagan, Kaiser-Wilhelm-Strasse.

Suche zum sofortigen Antritt einen jungen, flinken

Zigarrenmacher mit Wickelmacher Lohn 7.50 M pro Wille mit freier Zurechtung.

L. Lindner

St. Amarin (Ober-Elsass).

Achtung!

Empfehle allen Leidenden meine sofort sicher wirkende

Hämorrhoiden-Salbe.

Woll und sonstiges Mundfein sofort heilend. Viele Anerkennungen.

Die Reichstagswahlen und die Gewerkschaften.

Die verfloßene Reichstagsperiode bot hinsichtlich des Verhaltens der bürgerlichen Parteien höchst lehrreiche Erfahrungen. Als die sozialdemokratische Fraktion nach Ablehnung der Zuchthausvorlage einen Schutz des Koalitionsrechts gegen polizeiliche und richterliche Eingriffe verlangte, — da wurde ihr Antrag von allen übrigen Parteien abgelehnt. Für einen wirksamen Schutz des Koalitionsrechts der Arbeiter war also keine dieser Parteien zu haben, trotz ihrer von Arbeiterfreundlichkeit triebenden Reden, mit denen sie die Ablehnung der Zuchthausvorlage begleiteten. Sie alle tragen daher einen Teil der Verantwortung nicht bloß für die unerhörte Polizei- und Gerichtspraxis, streifende Arbeiter als Erpresser behandeln, sondern auch für die Gewaltmaßregeln selbstherrlicher Unternehmer, die wie der Norddeutsche Lloyd die Arbeiter schamlos ihres Koalitionsrechts berauben. — Nicht besser ist es von dieser Seite um den Schutz des Vereins- und Versammlungsrechts bestellt. In vielen Teilen des Reichs ist dieses Recht für Frauen und Minderjährige in Frage gestellt, in einigen Bundesstaaten hängt es völlig von dem Gutdünken der Behörden ab, ob Arbeiter sich friedlich als Staatsbürger vereinigen und versammeln dürfen. Die Herrschaft der bürgerlichen Parteien in den Landtagen hat der Bewegungsfreiheit des arbeitenden Volkes keinen Fortschritt gebracht; nur die Sozialdemokratie hat sich mit Energie dieser Forderung des Volks angenommen. Das Reichs-Notvereinsgesetz, das die Aufhebung der Verbindungsverbote für politische Vereine enthielt, kam erst dann, als diese Verbote den bürgerlichen Parteien selbst unbequem wurden, und der gleiche Vorgang wiederholte sich in Preußen bei der Verleihung des Segmentrechts für weibliche Teilnehmer an politischen Versammlungen.

Ohne Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrecht ist natürlich auch die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine undiskutabel. Wenn einzelne bürgerliche Parteien eine gesetzliche Regelung der Berufsvereine beantragten, so leitete sie dabei offensichtlich das Bestreben, diesen Vereinen neue Schranken aufzuerlegen, um sie im Sinne bürgerlicher Interessen erzuehrlich zu leiten. — Die Stellung der bürgerlichen Parteien zur Frage volkstümlicher Arbeitsgerichte endlich befandete sich in der Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge bezüglich des Obligatoriums der Gewerbeurteile für Orte mit 15 000 Einwohnern oder 3000 Arbeitern und deren Ausdehnung auf alle Lohnarbeiter, sowie hinsichtlich des aktiven und passiven Wahlrechts der Frauen und Herabsetzung des Wahlfähigkeitsalters. Das Schicksal dieser den Gewerkschaftsforderungen entsprechenden Anträge dürfte sich leicht wiederholen, wenn im nächsten Reichstag der Entwurf, betr. die Kaufmannsgerichte, zur Beratung gelangt, — ein Grund mehr für jeden Arbeiter, seine Stimme nur einer Partei zu geben, die zuverlässig für diese Arbeiterinteressen eintritt.

Ferner bedürfen die Gewerkschaften zum Schutze ihrer Errungenschaften eines wirksamen Arbeiterschutzes, der die Dauer der Arbeitszeit für alle Arbeiterkategorien maximal begrenzt, die gesundheitsschädlichen Arbeitsverrichtungen verbietet oder doch ihrer Gefahren entkleidet, die Nacht- und Sonntagsarbeit sowie die Arbeit von Kindern verbietet, für ausreichende Pausen sorgt, die nachteilige Heimarbeit verbietet und die Gewähr für eine energische Durchführung der bezüglichen Vorschriften durch ausreichende Kontrolle bietet. Das Maß des notwendigen Arbeiterschutzes haben die Gewerkschaften durch ihre Zustimmung zum Programm der internationalen Achtstundebewegung festgestellt. Trotz eines gewissen Liebaugens der bürgerlichen Parteien mit der Arbeiterschutzesreform sind diese konsequenten Forderungen bisher noch stets von jener Seite mit Hohn und Spott bekämpft worden. Namentlich der Schutz der erwachsenen Arbeiter stößt bei allen bürgerlichen Parteien auf den größten Widerstand. Selbst die Regierung bekundet mehr Einsicht in die Notwendigkeit schützender Maßnahmen, denn die neuesten Bundesratsverordnungen innerhalb des letzten Jahrzehnts sind neben der Anregung der Sozialdemokratie ihrer Entschließung zu danken. Die zwölfstündige Maximalarbeitsnacht-Verordnung für das Sägereigewerbe ging sogar den freisinnigen Volkspartei zu Kampfen und den Schutz der feemännlichen Arbeiter haben alle bürgerlichen Reichstagsparteien der Sozialdemokratie überlassen, deren Einfluß leider nicht ausreichend war, um Verschlechterungen zu verhüten, geschweige denn entscheidende Verbesserungen durchzusetzen. Wer in den Kreisen der Seeleute von bürgerlicher Arbeiterfreundlichkeit reden wollte, würde sicher dem grimmigsten Hohn entgegen; man würde ihm als Antwort ein Sündenregister der nicht sozialdemokratischen Parteien vorlegen, das ihm jede Aussicht auf Anhänger in diesen Kreisen für alle Zukunft verleidet. So haben die bürgerlichen Parteien sich die Gunst der Arbeiterklasse verschert, während allein die sozialdemokratische Partei deren Forderungen vertrat. Daraus erklärt sich auch, weshalb die Sozialdemokratie das feste Vertrauen der denkenden und kämpfenden Arbeitermassen besitzt.

Die letzte Reichstagsperiode brachte noch eine besondere Probe der bürgerlichen Arbeiterschutzesfreundlichkeit, als die sozialdemokratische Fraktion ihren Entwurf betr. die Neuordnung der Arbeitsbehörden (Arbeitsämter) einbrachte. Auch dieses weitsehende Gesetzeswerk fiel der Verstandlosigkeit der Reichstagsmehrheit, die alle bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme umfaßte, zum Opfer. Zum Schutze

der Arbeit gehört auch die Schaffung durchgreifender Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, für welche gerade die letzten Jahre reichlich Anlaß boten; wieder war es die Sozialdemokratie, die den bürgerlichen Parteien Gelegenheit gab, ihre Arbeiterfreundlichkeit leuchten zu lassen. Daß diese auf jede ernste Maßnahme verzichteten und sich mit einigen beruhigenden Reden der Regierungsvertreter, sowie mit der Annahme einer Resolution betr. Studiums der Frage der Arbeitslosenversicherung genüeten, ist Beweis genug dafür, daß selbst die Massenmotive von so bitterer Schärfe den bürgerlichen Parteien kein werktätiges Interesse abzugewinnen vermögen, während die Klagen der notleidenden Junker für sorglich mit Liebesgaben, Fleischfuhrverboten, Wucherzöllen gestillt werden.

Auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung dagegen rühmen sich die bürgerlichen Parteien, insbesondere das Zentrum, ihrer Arbeiterfürsorge. Diese edle Tugend feierte leider stets ihre schönsten Triumphe nur dann, wenn es galt, unzureichende Reformen der Regierung im Wege des Kompromisses mit ehrlicheren Reaktionen noch mehr abzuschwächen oder Verbesserungsanträge der Sozialdemokratie zu fällen. Die Gewerkschaften sind die Pioniere der deutschen Arbeiterversicherung; ihre Kranken- und Invalidenkassen waren für die Reichssozialreform das Muster. Aber die Selbstverwaltung der Arbeiter ließ die Regierung unberücksichtigt und die bürgerlichen Parteien haben sie darin unausgesetzt bestärkt und die winzigen Rechte der Arbeiter Schritt um Schritt preisgegeben. Das zeigte sich am drastischsten bei der jüngsten Krankenversicherungsnovelle, wo das redaktionswütige Zentrum in seinem Entschlossenheit vor der Obstruktion die Segel strich. Die Sozialdemokratie dagegen vertrat bei allen Arbeiterversicherungsgesetzen die Forderungen der Arbeiter mit zäher Energie; sie war ehrlich bestrebt, diese Gesetze zu Gunsten der Arbeiter besser zu machen. Wenn ihr die bürgerlichen Parteien vorwerfen, sie habe sich durch ihre Abstimmung gegen diese Gesetze in Widerspruch zu den Arbeiterinteressen gesetzt, so sind die ersteren die denkbar schlechtesten Interpreten der Stimmung der Arbeiterklasse, die im Gegenteil die Verhinderung guter Versicherungsgesetze durch die bürgerliche Reichstagsmehrheit mit wachsendem Groll verfolgte und dem Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion ihre Zustimmung gab.

So zeigt die Sozialpolitik auf allen Gebieten, daß die Gewerkschaften nur in der Sozialdemokratie eine zuverlässige Vertretung der Arbeiterforderungen im allgemeinen, wie der gewerkschaftlichen Interessen im besonderen besitzen. Das ist kein Zufall, da die sozialdemokratische Partei durch gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in hohem Maße direkt beeinflusst wird. Die bürgerlichen Parteien suchen wohl Anhang in Arbeiterkreisen zu gewinnen, aber sie gestatten den Arbeitermassen keinerlei Einfluß auf ihre Entschließung. Die Sozialdemokratie muß ihnen schon nahe auf den Leib gerückt sein, ehe der schlechte Mann aus der Werkstatt bei ihnen Anerkennung findet und nur wenige Ausgewählte werden als Renommierarbeiter auf die politische Tribüne gehoben. Das Zentrum scheute sich nicht, auf dem vorjährigen Katholikentag zu Mannheim selbst seinen getreuen Gewerkschaftsführer Giesberts schmählich zu desavouieren, als dieser eine ernsthafte Bekämpfung der Arbeitslosennot verlangte. Die Sozialdemokratie ist die selbstverwaltete Arbeiterpartei; sie kann keine andre Politik als Arbeiterpolitik treiben und wird sich daher auch für alle Zukunft des Vertrauens der Gewerkschaften erfreuen.

Selbstverständlich können die Gewerkschaften ihre Mitglieder nicht verpflichten, unter allen Umständen nur einem Sozialdemokraten ihre Stimme zu geben. Wie die Gewerkschaften ihre Mitglieder beim Eintritt nicht nach deren Parteistellung oder religiösem Glaubensbekenntnis fragen, so üben sie auch keinen Druck aus, um sie zur Stimmabgabe in einer gewissen Richtung zu zwingen. Sie haben ihre Pflicht erfüllt, wenn sie die rechtlichen und sozialpolitischen Voraussetzungen ihres Wirkens, ihre Lebensinteressen und deren bisherige Vertretung darlegen und danach den Mitgliedern die Entscheidung selbst überlassen. Die Wähler zu sammeln und zu organisieren, sie politisch zu schulen und deren Abstimmung einheitlich zu lenken, kann nur Aufgabe der politischen Parteien sein, und das Vorhandensein einer äußerst rührigen Arbeiterpartei überhebt sie der Notwendigkeit politischer Propaganda.

Desto mehr aber bleibt den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Pflicht, als Staatsbürger sich auch politisch zu betätigen und im Anschluß an eine Partei dafür einzutreten, daß den Interessen der Arbeiterklasse in der Reichsgesetzgebung mehr als bisher Geltung verschafft werde. Diese Pflicht liegt nicht allein den wahlfähigen Arbeitern ob, sondern allen Arbeitern ohne Unterschied des Geschlechts und Alters, die sich ihres Arbeiterinteresses bewußt sind, denn alle müssen darauf hinwirken, daß die Gesetzgebung in der ihrem Wohle dienlichen Weise beeinflusst werde. Jedem ist die Möglichkeit der politischen Organisation und der Mitwirkung in der Arbeiterbewegung geboten und jeder muß sein Teil dazu beitragen, daß am Tage der Reichstagswahl Arbeitervertreter gewählt werden. Es ist vielleicht überflüssig, zu sagen, daß ein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, der sein Klasseninteresse wohl begriffen hat, nur einem sozialdemokratischen Vertreter seine Stimme geben wird. Aber wir haben auch keinerlei Ursache, diese selbstverständliche Feststellung zu scheuen, nachdem die bürgerlichen Parteien selbst am meisten dazu beigetragen haben, die Arbeiter mit der Sozialdemokratie unloslich zu verbinden, so daß in der letztjährigen Session selbst der Staatssekretär Graf von Posadowsky als Tatsache zugestehen mußte, daß diese Partei die Vertretung der Arbeiter bilde. Man könnte ebenfogat die Sonne leugnen oder das Gesetz der Erhaltung der Energie in Zweifel stellen, wie diese einfache Tatsache aus dem Bereich der Wirklichkeit verschwinden zu lassen.

Möge jeder deutsche Arbeiter daher die wenigen Tage

bis zum Wahltage benutzen, um für einen nachhaltigen Erfolg der Arbeiterbewegung zu wirken. Pflicht ist es, dafür zu sorgen, daß an diesem Tage nur zuverlässige Arbeitervertreter gewählt werden. Dringend notwendig ist es, zu verhindern, daß eine Reichstagsmehrheit aus der Wahl hervorgeht, die, wie die früheren, dem Volke neue Lasten und Steuern aufbürdet, seine Rechte mit Füßen tritt und ihm den notdürftigsten Schutz gegen Ausbeutung, gegen physische und soziale Not versagt. Jeder trete in die Reihen der Kämpfer ein, um nach besten Kräften beizutragen für den Sieg der Arbeiterfrage.

Gewerkschaftliches.

Vielefeld. Zur Beachtung! Die verheirateten Kollegen, welche gesonnen sind, bei der Firma Ottopohl u. Horstfötter in Geepen in Arbeit zu treten und Wohnung zu nehmen gedenken, werden gebeten, sich vorher beim 1. Bevollmächtigten, W. Engels, Vielefeld, Petristraße 10, über die Verhältnisse zu erkundigen.

Bobensen. Hier sind bei der Firma Scheidel Differenzen ausgebrochen. Die Kollegen wollen Bobensen meiden.

Griesheim. Der Zugang nach hier ist wieder frei.

Jauer. Der Zugang nach hier ist streng fernzuhalten, da die Firma Lehms Maßregelungen vorgenommen hat.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

Pöhnert. Die Sperre ist aufgehoben. Die Differenzen sind zu Gunsten der Arbeiter erledigt.

Langenbielau. Zugang nach Langenbielau ist fernzuhalten. Bei der Firma Gebr. Rasche ist Streik ausgebrochen. Beteiligt sind 43 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Schönlank. Die Differenzen sind zu Gunsten der Arbeiter erledigt und ist somit der Zugang frei.

Schweidnitz. Der Zugang nach hier ist fernzuhalten, da bei der Firma Andrezki Lohn Differenzen ausgebrochen, sowie auch schon Maßregelungen vorgenommen sind und weitere noch bevorstehen.

Wetten. Die Differenzen sind zu Gunsten der Arbeiter erledigt. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Zolten. Die Kollegen, welche in Zolten bei der Firma Heim. Schwarzbach in Arbeit zu treten gedenken, wollen beachten, daß der Minimallohn 8 Mark dort beträgt. Für bessere Sorten wurden 8.50—10 Mark pro Mille gezahlt.

Das Glend der Akkordlöhne wird in einem Artikel des Generalanzeigers für Mühlhausen und Umgegend (Nr. 104 vom 17. Mai d. J.) in ergreifender Weise geschildert. Es besteht in Büttstedt eine Zigarrenfabrik, die, selbstverständlich um billigere Arbeitskräfte zu erhalten, als das in Mühlhausen i. Th. möglich ist, junge Mädchen ohne jede Vorkenntnisse als Wicklerinnen gegen Akkordlohn beschäftigt. Die Mädchen machen eine kurze, mehrwöchentliche Lehrzeit mit erst 2 Mk., dann 3 und in der letzten Woche 3.50 Mk. wöchentlichem festen Lohn durch und haben dann als „freie Arbeiterinnen“ zu dem Lohn von 18 Pfg. für das Wickeln, 24 Pfg. für das Rollen von 100 Stück Zigarren zu arbeiten. Die „Freiheit“ ist übrigens so zu verstehen, daß die Fabrik vor der Lehrzeit noch die Mädchen auf 2 Jahre durch schriftlichen Vertrag fest verpflichtet; von dem „entsprechenden“ Akkordlohn werden wöchentlich die Kranken- und Invalidenbeiträge, sowie 20 Pfg. abgezogen, welche letzteren nach Ablauf der bedungenen zwei Jahre den Arbeiterinnen voll ausbezahlt werden sollen, während im Falle des „Vertragsbruchs“ jeder Anspruch der Arbeiterinnen daran erlischt. Diese Zahlen sagen nun dem Laien noch nicht viel. Immerhin erwartet man, daß dabei ein Wochenlohn für eine mittelmäßige Durchschnittsarbeiterin erzielt werden könnte — ein Lohn, der zwar an sich noch erbärmlich genug ist, aber für die nicht durch Meppigkeit verwöhnten früheren Eichsfelder Weber, wenn eine ganze Familie angestrengt arbeitet, eine ausreichende Sicherheit gegen das Verhungern bietet. Nun teilt aber der Generalanzeiger mit Namensnennung folgende Löhne mit: Es verdienen: 1 Arbeiterin W. F. nach Abzug der Kranken- und Invalidenbeiträge und der aufgesparten 20 Pfg. in 14 Tagen 56 deutsche Reichspfennige. — 2. F. W. in 8 Tagen 45 Pfg. 3. A. A. in 8 Tagen 63 Pfg. 4. R. K., welche die Stütze ihrer kranken Mutter und 8 un-mündiger Geschwister ist, verdiente vom 1. Januar 1903 bis jetzt den höchsten Akkordlohn von 1.80 Mk. in einer Woche, davon gehen 16 Pfg. für Kranken- und Invalidenversicherung und die 20 Pfg. für den Sparfädel ab. Den höchsten Lohnsatz verdiente die Arbeiterin R. G. mit 3.60 Mark, die aber in allen Mittagsstunden durcharbeitete, den Tabak mit nach Hause nahm und Abends bis 10 Uhr aus-ripte.

Diese Mitteilung reizt die unternehmertolle Süddeutsche Tabakzeitung zu einer Verteidigung der Sündenlöhne; sie magt folgende unerhörte Begünstigung der Menschenschinderei, die wir hier nur niedriger zu hängen brauchen:

Es scheint sich da durchweg um junge Mädchen zu handeln, die erst angelehrt werden und die anderwärts — besonders auch in der Druckerei des sozialistischen (!) Blattes — überhaupt keine Unterkunft finden. Nun fragtes sich, was besser ist, wenn ein Vater von 3 oder 4 solcher jungen Mädchen immerhin etwas Geld erhält oder gar keins. Daß wir niedrige Löhne nicht vertreten, bedarf keiner besonderen Erwähnung, aber erheblich mehr als die Lehrlinge verdienen, dürfte der Wert ihrer Arbeit kaum sein, denn im Eichsfeld gibt es viele flott gehende Zigarrenfabriken, die volle (?) Löhne zahlen und da pflegen derlei Lohnausnahmen rar zu sein. (!!!)

Polizei und Koalitionsrecht. Die Polizeibehörde in Kottbus betätigt einen ganz eigenartigen Eifer gegenüber den gewerkschaftlichen Organisationen. Unter Bruderorgan, die Märkische Volksstimme, schreibt darüber: „Es ist vorgekommen, daß junge Leute von der Polizeibehörde eine Vorladung mit dem Vermerk „Ermittlungsverfahren“ erhalten haben und dann auf dem Polizeibureau in einem

Kreuzverhör über ihre Zugehörigkeit zum Verband, u. a. über die Zeit ihres Eintritts, wie viel Marken sie geklebt, wann sie den letzten Beitrag entrichtet haben und welchen Zweck der Verband verfolgt u. c., befragt wurden.“ Es hat zu niemandem nötig, der Polizei solche neugierige Fragen über rein private Angelegenheiten zu beantworten, jedoch dürfte nicht jeder der Vorgeladenen das wissen. Mancher fühlt sich vielleicht durch das polizeiliche „Ermittlungsverfahren“ derart eingeschüchtern, daß er der Organisation, für die sich die Polizei in so hohem Grade interessiert, den Rücken kehrt. Wo dieser Entschluß nicht ausgeführt wird, da scheint man ein wenig mit anderen Mitteln nachzuhelfen. In einer Versammlung erklärte ein Arbeiter: „Die Polizei hat meinem Arbeitgeber mitgeteilt, daß ich der Organisation angehöre und in einer Versammlung gesprochen habe.“ — Was hier von der Kottbusser Polizei gesagt ist, ist durchaus nichts neues und wird besonders in Sachen „sehr beliebt“. Aber diese „Politik“ der kleinen Nadelstiche hat bisher dem Funktionär noch wenig geholfen und wird es auch in Zukunft nichts helfen. Also nochmals: Wo immer ein so „wissensdurstiger“ Polizei-„Engel“ dergleichen Fragen zu stellen sich unterfängt, da antworte man ihm kurz und bündig: „Mein Herr, es ist Ihres Amtes nicht, danach zu fragen!“

Polizei und Fabrikarbeiter-Verband. Genosse August Brey, Vorsitzender des Verbands der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. c. zu Hannover, hatte vom Polizeipräsidenten zu Hannover die Aufforderung erhalten, ein Verzeichnis der Mitglieder sämtlicher Filialen des Verbands einzureichen und in dem Verzeichnis die Namen der Filialen und Mitglieder alphabetisch geordnet anzugeben. Nach fruchtloser Beschwerde erhob Brey Klage gegen den Oberpräsidenten beim Oberverwaltungsgericht und behauptete, die fragliche Auflage sei gegenständig und auch unausführbar. Der Verband habe gegen 40 000 Mitglieder und zähle über 330 Filialen. Süddeutsche Filialen hätten sich auch geweigert, die erforderlichen Angaben zu machen. Die Polizeibehörde könne auch nur einmal ein vollständiges Mitgliederverzeichnis fordern und später nur verlangen, daß ihr die Änderungen im Mitgliederstande mitgeteilt werden. Es sei daher Pflicht der Polizei, dafür Sorge zu tragen, daß das Mitgliederverzeichnis kurrent sei. Das Oberverwaltungsgericht hob auch die polizeiliche Verfügung auf und erklärte, der Verbandsvorsitzende habe nicht die gesetzliche Verpflichtung zur Einreichung eines Mitgliederzeichnisses unter Anordnung der Zahlstellen (Filialen) und ihrer Mitglieder in alphabetischer Reihenfolge.

Ein Gewerkschaftsmitglied. Der Zentralrat der Gewerkschaften veranstaltete kürzlich eine Agitationstour in der Provinz Posen und beglückte dabei auch Rawitsch mit einem Redner. Der Ortsverbandsvorsitzende erhielt den Auftrag, eine Versammlung einzuberufen, damit Herr Soundso aus Berlin seinen Vortrag halten könne. Als aber Herr Soundso nach Rawitsch kam, war keine Versammlung da, weil der Ortsverbandsvorsitzende keine Versammlung haben wollte. „Von Berliner Rednern werden die Rawitscher dermaßen aufgewühlt, daß man andert-halb Jahre zu tun hat, die Leute wieder zu beruhigen!“ gab der brave Mann zur Antwort und befandete damit drastisch seine Auffassung, daß die Gewerkschaften den Zweck haben, die Arbeiter ja nicht zu beunruhigen.

Zur Aussperrung in Hferlohn wird berichtet: Die Arbeiter haben die Sperre über die Firma Schäffermeier u. Hens aufgehoben, da nur unter dieser Voraussetzung der Fabrikantenverein in Einigungsverhandlungen eintreten will. Auf Seiten der Fabrikanten ist Neigung zum Frieden vorhanden. Ueber die Einigung selbst wird die Generalversammlung des Fabrikantenvereins am Montag Beschluß fassen. Zuzug von Arbeitern nach Hferlohn ist einstweilen noch fernzuhalten.

Das Gewerkschaftsrecht in England. Wie bekannt, hat das Unterhaus am 8. Mai die Gewerkschaftsvorlage abgelehnt, dafür aber beschlossen, eine Kommission einzusetzen zur Untersuchung der gesetzlichen Lage der Gewerkschaften. Die Kommission wurde gestern von der Regierung in Uebereinstimmung mit den Arbeiterabgeordneten ernannt. Sie besteht aus folgenden fünf Personen: Mr. Graham Murray (Vord-Advokat für Schottland), Sir Godfrey Lushington (Jurist), Mr. Arthur Cohen (Rechtsanwalt und Verfasser des Buches über „Gewerkschaftsrecht“), Sir William Lewis (Bergwerksbesitzer in Wales) und Mr. Sidney Webb.

Der dritte Kongreß der Landesorganisation der norwegischen Gewerkschaften fand am 25. Mai in Christiania statt. Der Geschäftsbericht wurde vom Genossen Pedersen erstattet. Die Landeszentrale umfaßt jetzt 7947 Mitglieder, verteilt auf 9 Verbände mit 214 Filialen und auf 10 einzelstehende Fachvereine. Trotz des kurzen Bestehens der Landesorganisation ist es ihr gelungen, die zahlreichen Angriffe auf die Organisationen der Arbeiter seitens des Unternehmertums erfolgreich abzuwehren. Der Bericht fand einstimmige Annahme. Sodann referierte Knudsen über das beabsichtigte Zuchthausgesetz des Odelsthings. In einer mit größter Einmütigkeit angenommenen Resolution protestierte der Kongreß gegen die Fassung, die der § 1 des Regierungsentwurfs vom Odelsthing erhalten, und wird das Lagthing ersucht, den Entwurf, betreffend die registrierten Berufsvereine in der ursprünglichen Fassung des Sozialkomitees anzunehmen. Zu der Frage des Submissionswesens wurde eine Resolution überfassen angenommen, die sich scharf gegen die Verakkordierung von Staats- und kommunalen Arbeiten ausspricht und das Sekretariat der Landesorganisation beauftragt, zu gegebener Zeit bei den in Betracht kommenden staatlichen und kommunalen Institutionen diesbezügliche Vorschläge einzureichen. In einer zweiten Resolution wird der Storting daran erinnert, daß die Abschaffung des Submissionswesens eine der ältesten Forderungen der norwegischen Arbeiterorganisationen ist. — Betreffend die Akkordarbeit wurde beschlossen, die Gewerkschaften zu verpflichten, soweit ihre Kräfte und die Verhältnisse der betreffenden Berufe es erlauben, gegen die Akkordarbeit im allgemeinen einzutreten. — Zu Punkt Agitation referierte A. Pedersen. Die gemeinsame Agitation der Verbände, die man im vorigen Jahre eingeleitet hatte, hätte sich derart bewährt, daß man daran denken müsse, eine feste Grundlage zu schaffen. Beschlössen wurde auch, auf diesem Wege weiter zu arbeiten, jedoch soll der Versuch gemacht werden, sowohl die außerhalb der Landesorganisation stehenden Gewerkschaften als die sozialdemokratische Arbeiterpartei zu den durch die gemeinschaftliche Agitation entstehenden Kosten heranzuziehen. Zur Frage der Gewerkschafts- und Arbeitslosenstatistik referierte D. Jensen. In der Diskussion sprach

der anwesende Vertreter des statistischen Amtes, Herr Rieger, der da mitteilte, daß vom 1. April an eine besondere Abteilung unter seiner Leitung im statistischen Amt geschaffen sei, die vor allem die Arbeitslosenstatistik zu pflegen hätte, sowie die Ursachen und die Wirkungen der Arbeitslosigkeit zu untersuchen. Es bestände die Absicht, alle bestehenden Berufsorganisationen der Arbeiter und der Unternehmer zu diesem Zwecke heranzuziehen. Beschlössen wurde, die Statistik durch das Sekretariat der Landesorganisation aufzunehmen, welches wiederum mit den Verbänden in Verbindung tritt. Ferner soll das Sekretariat bei der Regierung vorstellig werden, um aus öffentlichen Mitteln Unterstützung zur Aufnahme der Statistik zu erlangen. Es wurde weiter eine Reihe Statutenänderungen der Landesorganisation vorgenommen, die jedoch nicht über das lokale Interesse hinausgehen. Zum Vorsitzenden wurde Genosse A. Pedersen wiedergewählt. Die internationalen Beziehungen der Landesorganisation sollen wie bisher aufrecht erhalten werden und wurden die Beschlüsse der internationalen Konferenz in Stuttgart 1902 einstimmig angenommen. Auf Grund der mit der Arbeitgeberorganisation getroffenen Uebereinkunft vom 1. November 1902 wurde beschlossen zu verlangen, daß der Arbeitgeberverein den von drei mechanischen Werkstätten in Bergen ausgesperrten Arbeitern und deren Organisationen Schadenersatz gewährt, da hiedurch der § 2 der betreffenden Uebereinkunft durchbrochen sei, die Arbeitgeberorganisation also haftpflichtig geworden sei. Zur Beurteilung des Schadens wird die Einsetzung eines Schiedsgerichts verlangt. — Zu Gunsten der sozialdemokratischen Parteipresse wurde eine Resolution angenommen, welche die organisierten Arbeiter auffordert, für die Verbreitung der Parteipresse einzutreten.

Ein internationaler Steinarbeiter-Kongreß tagte während der Pfingsttage in Zürich. Anwesend waren 14 Delegierte, die 30 500 organisierte Steinarbeiter vertraten. Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Belgien, Frankreich, Italien, die Schweiz, Schweden, Norwegen und Dänemark hatten Delegierte entsandt. Die Verhältnisse in den verschiedenen Ländern wurden eingehend besprochen. Beschlössen wurde, am 1. Juli d. J. ein internationales Sekretariat ins Leben treten zu lassen, welches der schweizerische Steinarbeiter-Verband zu besetzen hat. — Zu dem Punkt: Streiks und Lohnbewegungen beantragte der deutsche Steinarbeiter-Verband eine Resolution, nach der bei größeren Streiks, welche die finanzielle Hilfe der Kollegen in anderen Ländern notwendig machen, die Unterstützungsaktion nur durch das internationale Sekretariat erfolgen soll. Der betreffenden Landesorganisation wird aber die Verpflichtung auferlegt, dem internationalen Sekretär über die Forderungen der Arbeiter, die Zahl der Beteiligten, der organisierten und inorganisierten u. c. Mitteilung zu machen. Auf jeden Fall, auch wenn der Streik mißbilligt wird, ist der Zuzug von Streikbrechern fernzuhalten. Auf Antrag des schweizerischen Steinarbeiter-Verbands wird dazu beschlossen, daß bei größeren Lohn- und Streikbewegungen keine Reise-Ausweise in die betreffenden Länder ausgestellt werden dürfen und die Kollegen an der Grenze zurückzuweisen sind.

Beschlossen wird ferner die gegenseitige Unterstützung der Organisationen in der Agitation in den Grenzdistrikten. Die Regelung derselben soll von Fall zu Fall zwischen den beteiligten Organisationen erfolgen.

Annahme fand ferner folgende Resolution: „Der internationale Steinarbeiter-Kongreß nimmt grundsätzlich Stellung gegen jede Zerspaltung der Gewerkschaften und hält nur mit solchen Organisationen eine Verbindung aufrecht, welche im betreffenden Lande als anerkannt gelten.“ Dem Sekretär wird der Auftrag gegeben, Schritte einzuleiten, um den internationalen Gedanken in allen Ländern zur Durchführung zu bringen und unter den beteiligten Verbänden Vereintigungskongresse einzuberufen.

Amerikanische Gewerkschaftspraktiken. Proletarier aller Länder, vereinigt Euch. Dieser Kampfruf der internationalen Arbeiterbewegung begegnet in Nordamerika den sonderbarsten Auslegungen. Vor kurzem konnten wir berichten, daß die Union der Modelleure ihre Mitgliebsbücher bis nach Beendigung der Weltausstellung in St. Louis geschloffen hat, um den aus letzterer erwachsenden Arbeitsverdienst ihren bisherigen Mitgliedern allein zukommen zu lassen. Von einem ähnlichen Brudergruß berichtet das Organ der deutschen Handschuhmacher, dessen amerikanische Bruderorganisation, International Glove Table Cutters Union, ihr Eintrittsgeld auf 420 Mk. (100 Dollars) erhöht hat und zwar nur zu dem Zweck, wie von dort behauptet wird, den Zuzug europäischer Berufsgenossen, „die trotz wiederholter Warnungen aus allen Ländern Europas zugereist kommen“, fernzuhalten. Dabei befindet sich die europäische Handschuhindustrie in einer starken Krise, so daß in Deutschland vielleicht in einem Monat mehr ausländische Berufsgenossen zugereist kommen, als Deutsche im Verlauf eines Jahres nach den Vereinigten Staaten. Sie werden aber ohne einen Pfennig Eintrittsgeld aufgenommen, wenn sie nachweisen, daß sie ihrer heimatlichen Organisation angehören, im anderen Falle zahlen sie das für alle ohne Unterschied der Nation gleichmäßig festgesetzte Eintrittsgeld. Die amerikanischen Gewerkschaften scheinen völlig zu vergessen, daß das ausländische Element, wenn es erst einmal in den dortigen Gewerkschaften heimisch geworden ist, die festeste Stütze der Organisationen bildet. Die fremdenfeindliche Politik der amerikanischen Gewerkschaften muß das internationale Solidaritätsgefühl geradezu ersticken. Es kann leicht die Zeit kommen, wo die amerikanischen Gewerkschaften auf die moralische und finanzielle Hilfe der zwei Millionen europäischer Gewerkschaftler rechnen müssen.

Berichte.

Bremen. In dem Versammlungsbericht der Zahlstelle Bremen vom 3. Mai schreibt der Berichterstatter: „In der Diskussion nahm Schüler das Wort und erging sich in persönlichen Angriffen gegen den Vorstand.“ Das muß ich als eine Unwahrheit erklären. Die persönlichen Angriffe, die Reichmann aber gemacht, hat der Berichterstatter merkwürdigerweise einfach weggelassen. Ed. Schüler.

Langenbielau. Der Streik der Tabakarbeiter bei Gebr. Raschke dauert unverändert fort. Die Herren fangen wieder an, den ausgesperrten Entlassungen zuteil werden zu lassen. Arbeitswillige haben sich jetzt nicht gefunden. Die Firma behauptet, daß die ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen einen recht ansehnlichen Lohn erzielt haben. Demgegenüber sei bemerkt, daß z. B. ein männl. Arbeiter einen Durchschnittslohn

von 12 Mk. pro Woche erzielt hat, eine Kollerin 9—10 Mk. und eine Widelmacherin 7—9 Mk. laut Bücher, welche der Gewerbeinspektor, Herr Köppert, nachgesehen hat, und die auch mit den Angaben der Aussperrten vollständig übereinstimmen. Auf Verhandlungen mit dem gewählten Komitee hat sich die Firma noch nicht eingelassen; man sieht daraus, daß die Herren Raschke sich mit uns nicht einigen wollen. Die Aussperrten halten jedoch an den gestellten Forderungen nach wie vor fest, und werden nicht eher die Arbeit aufnehmen, bis die bescheideneren Forderungen bewilligt sind. Ausständig sind 44 Personen, wovon 21 vollberechtigte Mitglieder, 13 nicht vollberechtigte, 12 Nichtmitglieder. Es arbeiten vier Kollerinnen: Frau Anna Luft, Frau Lamlich, Frau Letto aus Reichenbach, Frau Anna Mich, Langenbielau; Widelmacher: Emilie Schmidt geb. Miering, Reichenbach, Auguste Weigler, Langenbielau. Zuzug ist streng fernzuhalten. Gelder und Briefe sind zu richten an Oskar Klose, IV. Bezirk Nr. 102.

Schweidnitz. Wir fühlen uns gedrungen, einige Züge unserer Tabakindustrie hier zu entrollen. Daß es bei den Fabrikanten an Arbeiterfreundlichkeit nicht mangelt, beweist ein Fall, in dem ein Kollege wegen Vorkhaltens schlechter Decke auf die Straße geworfen wurde. Derselbe Kollege wurde nun wieder vorstellig wegen Arbeit. Nach der Dauer von zwanzig Wochen ist er wieder eingestellt worden. Was das sagen will, braucht man nicht lange zu überlegen, besonders wenn man bedenkt, daß der Kollege Familienvater und gezwungen ist, am Orte zu bleiben. Ein anderer Kollege ging ebenfalls wegen schlechten Materials vor. Diesem wurde auch kurzerhand gekündigt, da es wahrscheinlich zu viel war, für eine große Fassung-Zigarre 5.50 Mk. Kollerlohn zu bekommen. Diesem Unbefugten wurde recht schnell abgeholfen, denn es bekam ein Lehrling diese Arbeit und dazu den horrenden Lohn von 3.50 Mark pro Tausend. Diese Ausnutzung jugendlicher Kräfte wird bei unserer Firma recht hoch geschätzt. Dieselbe Sorte Zigarren muß jetzt ein anderer Lehrling für sage und schreibe ganze 3 Mk. pro Tausend machen. Aber noch nicht genug. Es wurde auch am 16. Mai an uns die Frage gerichtet, ob wir nicht eine Sorte Mexiko 50 Pfg. das Tausend billiger arbeiten wollten, was wir aber entschieden abgewiesen haben. Da wurde uns ganz einfach eine Sorte zu 4.25 Mk. gegeben, und wir müssen es mit ansehen, wie zwei Lehrlinge es sind, welche für das schöne Stück Geld von 3 Mk. diese Arbeit leisten müssen. Es wurde dazu noch gesagt, daß, wenn sich die Lehrlinge einrichten und die Zigarren dem Chef einigermaßen gefallen, diese die Arbeit wohl behalten würden. Da nun aber die Lehrlinge nicht genügend fertigmachen konnten, so wurde die Arbeit einem Kollegen gegeben, welcher noch nicht lange frei ist. Auch dieser will die Arbeit zurück. Da wurde ihm gesagt, wenn er die Arbeit nicht machen wolle, so sei er entlassen. Das mußte als eine Maßregelung angenommen werden, da der betreffende Kollege ein gutes Verbandsmitglied ist. Was im allgemeinen die Lohnverhältnisse anbelangt, so sind diese nichts weniger als glänzend; sollte es aber fremde Kollegen geben, die gesinnt sind, bei der Firma P. Andreeki in Arbeit zu treten, dann sind Anfragen und Zuschriften an August Köhn, 1. Bevollmächtigter, Schweidnitz, Nonnenstraße Nr. 3, zu richten.

Patente in der Tabakindustrie.

Patentliste geschützter Erfindungen, mitgeteilt vom Patentbureau D. Krueger u. Co., Dresden, Altmarkt. Angemeldete Patente:

16 934. Vorrichtung für Zigarettenstopfmaschinen zur Bewegung des Stopfers. Guido Ferrari, Philadelphia.
16 683. Tabakstrangschneidevorrichtung. Feinmaschinenbau G. Calberla, Dresden.

Erteilte Patente:
143 462. Verfahren zur Herstellung von Rauchtobakpatronen. M. F. Hahn, Berlin, Yorkstraße 60.
143 376. Hülsenführungsvorrichtung für Zigarettenstopfmaschinen. Leonard Lindelöf, Helsingfors, Finnland.
143 377. Mundstückspirale für Zigaretten. Ewald Körner, Dresden, Hopfgartenstraße.
143 378. Verfahren zur Verhinderung der Gratbildung bei Papierspiralen für Zigarettenmundstücke. Ewald Körner, Dresden, Hopfgartenstraße 26.

Gebrauchsmuster:
200 505. Zigarettenhülle mit oder ohne Tabakfüllung, in deren Ende eine aus einem Strohhalm bestehende Spitze eingefügt und angelebt ist. Josef Prjebecki und Ludwig Prjebecki, Breslau, Neuborsstraße 36.
200 506. Zigarettenhülle mit oder ohne Tabakfüllung, mit in ihr Ende eingeführter und festgeleibter, aus einem Strohhalm bestehender Spitze und an der Verbindungsstelle um die Hülle gelegter Wandrohle. Josef Prjebecki und Ludwig Prjebecki, Breslau, Neuborsstraße 36.

Litterarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dieck' Verlag) ist soeben das 36. Heft des 21. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zur Bakhtaktik des Proletariats. — Der britische Zollverein. Von M. Beer. — Zur Lage des Gastwirtgewerbes. Von Paul Lange. — Das Massaker von Kischeneff und die Judenfrage. Von Karl Rautsky. — Die letzte Volkszählung im Deutschen Reich. Von Wolf Braun. — Der Handarbeitsunterricht und die Erziehung. Von Henriette Fürth.

Die Wahlversammlung.

(Den Wählerfrauen gewidmet.)

Von Mag. Regel.

Ich rate, holde Weiblein, euch,
Daß ihr nicht grollt und schmäh't,
Wenn oft des Abends euer Mann
Zur Wahlversammlung geht.

Er waret dort des Volkes Recht,
Er kämpft dort für sein Brot,
Er schützt der Kinder Zukunft dort
Vor Anechtshaft, Schmach und Not.

Er tritt allda in Reih' und Glied,
Hält für die Freiheit Wacht,
Und was er einzeln nie vermocht,
Bewirkt vereinte Macht.

Und kommt er heim dann stolz erregt,
Von Mut geschwellt die Brust —
Wie schön, o Weib, wenn du dann teilst
Der Siegeshoffnung Lust.

Wenn freundlich lachend seinem Wort
Du mit ihm lächelt und denkst,
Und seinem Streben Sympathie
Aus voller Seele schenkst.

Dann freudig schließt er dich ans Herz
Und liebt dich mehr als je,
Er fühlt sich eins mit seinem Weib
Teilt mit dir Lust und Weh.

Doch wenn du schmolend ihn empfängst,
Und keifst und schmähst wohl gar,
Weil, eingedenk der Mannespflicht,
Er auf dem Posten war —

Das greift ihm eisig kalt ans Herz,
Wenn er dich so erschaut;
Dann wird ihm bald die Stunde leid,
Die dich ihm angetraut.